

LandtagsNachrichten

Mecklenburg-Vorpommern

■ Aktuell

Familienpolitik
in Krisenzeiten

■ Debattiert

Finanzhoheit der Länder
verteidigen

■ Beschlossen

Landesblindengeld
gekürzt

■ Informiert

EU-Projekttag
in den Schulen

■ Umgebaut

Neuer Besuchereingang
im Schloss



2. April
3 / 2009

Seite 3

Spezial

Baltisches Gespräch
des Landtages in Rostock

Aus dem Plenum

Seiten 4 – 5

Aktuelle Stunde:

Mehr Kinderfreundlichkeit
in wirtschaftlich unsicheren Zeiten

Seiten 6 – 10

Weitere Themen:

Gesetz zur Neuregelung von
Nachteilsausgleichen für Menschen
mit Behinderungen
Gleiche Teilhabe von Vätern und
Müttern am Erwerbs- und
Familienleben
Entwicklungschancen im ländlichen
Raum erhalten
Europafähigkeit der Schulen stärken
Lehrerpersonalmanagement
liberalisieren

Seiten 11 – 17

Auszüge aus der Debatte:

Finanzhoheit der Länder verteidigen

Seite 18

Aus den Ausschüssen**Europaausschuss:**

Ausschuss der Regionen

Wirtschaftsausschuss:

Anhörung zur der maritimen
Industrie

Seiten 19 – 21

Panorama

Wechsel in der CDU-Fraktion
EU-Projekttag in Schulen
Ausstellung „Jugendfalten“
Jugend im Landtag 2009

Seite 22 – 23

Schlossgeschichten

Umbau des Besuchereingangs
des Schweriner Schlosses

Seite 24

Chronik

Titelbild (Jörn Lehmann)

Der Glockenturm der Schweriner
Schlosskirche

Impressum

Herausgeber:

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

- Öffentlichkeitsarbeit -

Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin

Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151

E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de

Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion: Referat Öffentlichkeitsarbeit,
Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker, www.uwe-sinnecker.de

Druck: cw Obotritendruck.de

Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgrün-
den haben wir bei der Bezeichnung von Men-
schengruppen manchmal nur die männliche
Form verwendet. In solchen Fällen ist die weib-
liche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben
nicht in jedem Fall die Meinung des Heraus-
gebers wieder. Alle Abbildungen sind urheber-
rechtlich geschützt. Nachdruck nur mit
schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LandtagsNachrichten können kostenlos
bezogen werden. Bestellungen sind an den
Herausgeber zu richten.

Kinder- freundlichkeit zwischen Worten und Taten

■ „Mehr Kinderfreundlichkeit gerade in wirtschaftlich schlechten Zeiten“ – eigentlich war mit diesem Thema in der Aktuellen Stunde des Landtags nicht viel falsch zu machen. Aktuell ist Kinderfreundlichkeit immer, ob nun mit oder ohne Wirtschaftskrise. Außerdem bietet das Thema den Parteien eine ideale Plattform, die jeweilige Kinderpolitik kund zu tun. Wenn sich die Reden aber fast ausschließlich darin erschöpfen, bisherige Maßnahmen zu bilanzieren und bereits bekannte Zukunftspläne noch einmal zusammenzufassen, dann wird der Name der Aktuellen Stunde zur Farce.

Genau das ist bei dieser Debatte passiert. Und doch gab es in diesem berechenbaren Schlagabtausch einen handfesten neuen Vorschlag des FDP-Sozialexperten Ralf Grabow. Der wurde jedoch nur müde belächelt. Grabow hatte kritisiert, dass der Landtag zwar über Kinderfreundlichkeit diskutiert, aber seine eigenen Mitarbeiter beim Spagat zwischen Beruf und Familie im Stich lässt. Sein Vorschlag: ein Landtagskindergarten. Gut, das erste Gelächter im Plenum war dem Wort selbst geschuldet. Geschenk, dass man bei manchen Debatten den Eindruck erhält, als gäbe es schon einen Kindergarten im Parlament. Und vielleicht reicht auch erst einmal ein Elternzimmer, bevor gleich ein neuer Kindergarten her muss.

Schwer nachvollziehbar war allerdings die anschließende Kritik der CDU-Abgeordneten Renate Holznagel, die FDP wolle einen „elitären Landeskindergarten“ schaffen. Was, um Himmels willen, ist an einem Betriebskindergarten – welcher Art auch immer – elitär? Von modernen Unternehmen fordert die Politik, kinderfreundliche Arbeitsbedingungen zu schaffen. Hauseigene Betreuungsmöglichkeiten für den Nachwuchs werden dabei ausdrücklich begrüßt.

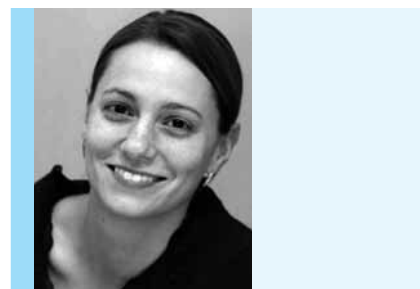


Foto: Hans-Dieter Hentschel

Angela Hoffmann (36) ist seit acht Jahren
Politikredakteurin bei der Schweriner Volkszeitung.

Auch zwei Parteifreunde von Renate Holznagel haben das begriffen: Sowohl Innenminister Lorenz Caffier als auch Wirtschaftsminister Jürgen Seidel haben in ihren Ministerien Elternzimmer einrichten lassen, in denen Mitarbeiter bei kurzzeitigem Betreuungsbedarf gleichzeitig arbeiten und auf ihre Kinder aufpassen können. Ist das dann auch elitär?

Der Hinweis von Renate Holznagel, dass die örtlichen Einrichtungen völlig ausreichen und es trotz flexibel gehandhabter Arbeitszeiten im Landtag keine Probleme gibt, ist schlichtweg falsch. Natürlich gibt es Probleme, wenn der Arbeitstag vor allem in den Sitzungswochen über 18 Uhr hinausgeht. Das bestätigen sowohl Parlamentarier als auch Mitarbeiter der Landtagsverwaltung. Die FDP-Abgeordnete und fünffache Mutter Sigrun Reese hatte beispielsweise Mühe, an den Landtagssitzungen teilzunehmen, als ihre Tochter ein Jahr alt war. Letztlich bot die Sekretärin an, in ihrem Büro so lange auf das Kind aufzupassen, bis die Debatten beendet waren. Der Pressesprecher der Fraktion, Sascha Zimmermann, hat schon einmal zwei Monate lang von Zuhause aus gearbeitet, wo er zugleich seinen Sohn betreuen konnte. Eine Übergangslösung vor allem in der Ferienzeit, die aber weder an jedem Tag, noch auf Dauer funktioniert. Dabei ist auch Zimmermann nicht zwingend der Meinung, dass es gleich ein eigener Landtagskindergarten sein muss. Denkbar wären aber Kooperationsverträge mit nahe gelegenen Kitas für flexiblere Öffnungszeiten. In jedem Fall, so der Vorschlag, sollte einmal der tatsächliche Betreuungsbedarf bei berufstätigen Eltern in der Landtagsverwaltung ermittelt werden. Dieser Vorschlag ist pragmatisch, nicht elitär. Und Worten könnten Taten folgen.

Angela Hoffmann

Über allem stehen die Werte der Demokratie

Baltisches Gespräch zum Rechtsextremismus im Ostseeraum



Foto: Uwe Balewski

v.l. Stefan Melle, Deutsch-Russischer Austausch e.V. Berlin; Prof. Dr. Walter Rothholz, Universität Stettin; Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider; Stephan Kessler, Universität Greifswald; Prof. Ingmar Weitemeier, Landeskriminalamt M-V.

■ „Es gibt Dinge, für die es sich lohnt, eine kompromisslose Haltung einzunehmen!“ Mit diesen Worten Dietrich Bonhoeffers eröffnete Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider am 25. Februar im Rostocker Rathaus das 8. Baltische Gespräch des Landtages. Thema des Abend war der Rechtsextremismus im Ostseeraum. Nach dem Impulsreferat von Prof. Dr. Walter Rothholz von der Universität Stettin thematisierte die anschließende Podiumsdiskussion die konkreten Erscheinungsformen und Ursachen des Rechtsextremismus in den Ländern der Ostseeregion.

„Die politischen Umbrüche in Mittel-, Ost- und Südosteuropa haben den Nationalismus und auch den Rechtsextremismus erstarken lassen“, sagte Sylvia Bretschneider in ihrer Einführung. Fehlendes historisches Wissen in Verbindung mit der schwierigen wirtschaftlichen Situation prägten vielfach das Bild breiter Bevölkerungsschichten. In der Wirtschaftskrise falle es leicht, undifferenziert gegen eine multikulturelle Gesellschaft zu wettern und lautstark für eine homogene deutsche Gesellschaft einzutreten. „Die gibt es aber nicht – weder wirtschaftlich, sozial, intellektuell noch ideell“, betonte Bretschneider. Sie warnte davor, dass Extremismus und Radikalismus die Demokratie als das Fundament unserer Gesellschaft unterhöhlen. Gerade in Zeiten der Globalisierung und der Weltwirtschaftskrise müsse auf vielfältige Weise für die

Werte der demokratischen Gesellschaft geworben werden. „Es geht darum, dass die Zivilgesellschaft Flagge zeigt und möglichst wenig Lücken lässt, in die Extremisten stoßen können“, sagte die Politikerin und zitierte Ralph Giordano: „Über allem stehen die Werte der Demokratie: Freiheit, Meinungsvielfalt, Menschenrechte, Pluralismus, Gleichstellung der Geschlechter – sie sind nicht verhandelbar.“ „Nationalismus und Rechtsextremismus sind Varianten des Fundamentalismus“, erklärte Prof. Dr. Walter Rothholz von der Universität Stettin. In einer liberalisierten Gesellschaft seien sie keine Randscheinungen, sondern kämen aus der Mitte der Gesellschaft. Das Erstarken fundamentalistischer Erscheinungen insbesondere in Osteuropa müsse im Zusammenhang mit der Demokratisierung und Liberalisierung in diesen Ländern verstan-

den werden. „Die Fundamentalisten streben ein ganzheitliches System an“, so Rothholz. Die liberale Demokratie könne das nicht liefern. „Unsere moderne Gesellschaft ist kein Ort der heilen Welt., Man hat immer Konflikte. Wir können dem nicht ausweichen“, betonte er. Zugleich warnte Rothholz davor, die Probleme mit einer ausschließlich ökonomischen Betrachtung erklären und lösen wollen. „Die Leute leben von Sinnangeboten“, sagte er. Hier müsse die Politik ansetzen.

„Verschiedenheit ist kein Manko, sondern ein Wert an sich“, erklärte Stefan Melle vom Deutsch-Russischen Austausch e.V. Berlin in der Diskussion. Die Schule müsse einen offenen, selbstkritischen Umgang mit der Geschichte vermitteln. Sie solle zu einer gewissen Grundkepsis gegen jede Form der Vereinheitlichung erziehen.

Prof. Dr. Stephan Kessler von der Universität Greifswald sieht einen Politikansatz unter anderem in der Intensivierung der interkulturellen Kommunikation. „Wir müssen es schaffen, Menschen zusammenzubringen“, forderte er. Nur so erhielten sie die Möglichkeit, Vorurteile, Ressentiments zu überwinden.

Prof. Ingmar Weitemeier, Direktor des Landeskriminalamtes, wies auf die wachsende Zahl von Gewaltstraftaten hin. Er plädierte für einen gesamtgesellschaftlichen Präventionsansatz. Nach seiner Einschätzung seien lediglich ein Drittel der Rechtsextremen fest ideologisiert, der Rest sei „geködert“. Für diese zwei Drittel lohne es sich zu kämpfen, gegen die anderen müsse weiterhin konsequent repressiv vorgegangen werden.

Baltische Gespräche des Landtags

Die Ostseeregion entwickelt sich zunehmend zu einem verbindenden wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Raum in Europa. Vor diesem Hintergrund stellt der Landtag in seiner Veranstaltungsreihe „Baltische Gespräche“ grenzübergreifende, über die Tagespolitik hinausgehende Themen zur Diskussion, um Informationen, Anregungen und Impulse für die gesellschaftspolitische Debatte zu gewinnen.

Rettungsschirm für Familien

In Aktueller Stunde Familienpolitik in Krisenzeiten diskutiert

■ „Mehr Kinderfreundlichkeit gerade in wirtschaftlich unsicheren Zeiten“ forderten die Abgeordneten des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern in einer Aktuellen Stunde am 4. März. Die Debatte zu diesem Thema hatte die CDU-Fraktion beantragt. Die Opposition kritisierte, dass es zwar einen Rettungsschirm für Banken, aber keinen gegen Armut gebe.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende **Harry Glawe** lobte die Familienpolitik der SPD/CDU-Landesregierung. Mit dem kostenfreien letzten Kindergartenjahr vor Schuleintritt sei der Einstieg in die Beitragsfreiheit für die Eltern vollzogen worden, sagte er. Als einen wichtigen Meilenstein bezeichnete er das kostenlose Mittagessen für Kinder aus sozial schwachen Familien, das die Koalition auf den Weg gebracht hat. Dies sei beispielhaft in Deutschland. Allerdings solle die Qualität der Kindertagesstätten noch verbessert werden. Das gehört seiner Überzeugung nach zu den wichtigsten Zielen in den Jahren 2009 und 2010. Der Abgeordnete hält es für notwendig, den Landesanteil bei der Finanzierung der Kitas aufzustocken. Die Diskussion müsse jetzt angeschoben werden, da bald der neue Doppelhaushalt beschlossen wird. Bei der Novellierung des Kita-Gesetzes müsse auch der Rat der Kirchen und der Wohlfahrtsverbände gehört werden. „Ich glaube, die Familien, die Kinder in unserem Land, haben es verdient, dass wir intensiv diskutieren“, sagte der Abgeordnete.

Sozialministerin **Manuela Schwesig** kritisierte, dass die neue Unterstützung für Schüler aus Hartz-IV-Familien für Dinge wie Schultasche, Bücher und Hefte nur bis zur 10. Klasse gewährt wird. Nach ihrem Willen soll das so genannte Schulstartpaket von 100 Euro pro Jahr für Kinder aus armen Familien, das vom nächsten Schuljahr an geschnürt wird, auch Gymnasiasten der 11. und 12. Klasse zugute kommen. Bedürftige Kinder müssten auch auf dem Weg zum Abitur unterstützt werden, verlangte sie. Kinderfreundlichkeit beginne aber schon beim Kinderwunsch von Paaren. Sie forderte, die Kosten für die künstliche Befruchtung nicht mehr den Eltern aufzubürden. Bis 2004 hatten die gesetzlichen Krankenkassen bis zu vier Versuche bezahlt, seither wird nur noch die Hälfte der Kosten für bis zu drei Versuchen gewährt. Die Ministerin will, dass die alte Regelung wiederhergestellt wird – die Hälfte der Kosten soll dabei über die Krankenkassen, die andere Hälfte über Steuermittel finanziert werden.

Der Fraktionsvorsitzende der Linken **Prof. Dr. Wolfgang Methling** kritisierte, dass es Rettungsschirme für Banken gebe, aber nicht für Familien. „Einen Rettungsschirm gegen Armut und einen Rettungsschirm für betroffene Menschen gibt es nicht“, sagte er. Er begrüßte, dass Geld aus dem Konjunkturpaket II für „längst überfällige“ Investitionen wie Schulsanierungen zur Verfügung stehe. „Aber wir wollen eine echte Bildungsoffensive, die eine bessere Ausstattung der Schulen und Kitas mit Personal einschließt. Dafür gibt es nichts in diesem Paket“, bemängelte er. Der Abgeordnete unterstrich Forderungen seiner Partei nach einem Mindestlohn und einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor. In Mecklenburg-Vorpommern leben seinen Angaben nach rund 56.500 Kinder unter 15 Jahren in Armut. Das seien rund 32 Prozent. „Familien brauchen Einkommen, von denen sie leben können. Deswegen werden wir uns nach wie vor hier im Land und auf Bundesebene für gesetzliche Mindestlöhne einsetzen“, begründete er.



Harry Glawe (CDU)



Sozialministerin Manuela Schwesig



Prof. Dr. Wolfgang Methling (DIE LINKE)

Fotos: Uwe Balewski

Martina Tegtmeier (SPD) sprach sich für die Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz aus. Auch müssten die Hartz-IV-Regelsätze für Kinder noch weiter erhöht werden. „Kinder müssen unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern Zugang zu allen staatlichen Angeboten haben. Dies gilt für die Angebote der Kinderbetreuung genauso wie für die Angebote für Bildung. Und hier sind natürlich auch Ausbildung und Studium eingeschlossen“, betonte sie. Sie sprach sich auch für eine besondere Unterstützung Alleinerziehender, zum Beispiel durch flexiblere Kita-Öffnungszeiten oder familienfreundlichere Arbeitszeiten, aus. „Uns ist sehr bewusst, dass geänderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen ständige Korrekturen und Weiterentwicklungen zur Verwirklichung von Kinderfreundlichkeit bedeuten“, sagte die Parlamentarierin. Dies sei gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten erforderlich.

Der FDP-Abgeordnete **Ralf Grabow** forderte, die Novellierung des Kita-Gesetzes schneller voranzutreiben und dem Land-

tag bereits bis 30. Juni einen Entwurf vorzulegen. Die Vorschläge seien bekannt und längst diskutiert. „Ich glaube sogar, dass ganz viel Konsens hier besteht. Lassen Sie uns das doch ein bisschen schneller hinbekommen!“, appellierte er an die Abgeordneten. Die Unterstützung von Familien durch die Landes- und die Bundesregierung hält er für nicht ausreichend. So sei die Kindergelderhöhung um zehn Euro zu gering. Für einen Inflationsausgleich wären 16 Euro nötig. Er sprach sich auch für die Gründung eines Landtagskindergartens mit flexiblen Öffnungszeiten für die Sprösslinge der Parlamentsmitarbeiter aus. „Was machen wir eigentlich mit unseren Referentinnen in den Ausschüssen? Da verlangen wir auch, dass sie bis 18.00 Uhr da sind. Was machen die dann?“, fragte er.

Vincent Kokert (CDU) wies auf einen Zusammenhang zwischen Elterngeld und steigenden Geburtenzahlen hin. Eine „gewisse finanzielle Unabhängigkeit“ trägt seiner Meinung nach dazu bei, dass sich Partner und Familien ganz bewusst für ein Kind entscheiden. „Ich halte das für einen sehr guten Trend in der Bundesrepublik Deutschland“, sagte der dreifache Familienvater. Auch die Entlastung der Eltern bei Beiträgen für den Kindergarten hält er für einen Erfolg. Die CDU-Fraktion sei zudem der Auffassung, dass es ohne eine feste Ehe und Qualität der Partnerschaft kaum stabile Familien gibt. „Ich halte das für einen ganz elementaren Punkt innerhalb der Familienförderung“, betonte der Abgeordnete. „Und ich glaube auch, da müssen wir in Zukunft, wenn es um präventive Beratung geht, mehr tun, als wir das in der Vergangenheit getan haben.“ Er lobte

Kommunen wie Neustrelitz und Stavenhagen, die ein Begrüßungsgeld für Neugeborene zahlen. Die Wirtschaft forderte er auf, familienfreundlicher zu werden.

„Was meinen Sie denn, wenn Sie von Kinderfreundlichkeit sprechen?“, fragte **Tino Müller** (NPD). „Ihr Schattentheater in dieser Frage ist doch mehr als dürftig.“ Als Grundlage von Kinderfreundlichkeit sei eine Perspektive notwendig, die den Menschen im Lande die Hoffnung gebe, „nicht abgeschrieben und auf ein Abstellgleis geschoben zu werden“. Familien- und Bevölkerungspolitik müssten zu jeder Zeit oberste Priorität haben. „Die Ergebnisse Ihrer Bevölkerungspolitik können wir beinahe in jeder westdeutschen Stadt, besonders aber in Städten wie Berlin, München, Frankfurt am Main und Offenbach, ablesen“, sagte der NPD-Politiker. „Wenn die Deutschen keine Kinder mehr bekommen, wird die entstehende Lücke einfach mit Ausländern gefüllt.“ Das sei eine „zutiefst asoziale Politik“, warf er der Regierungskoalition vor.



Vincent Kokert (CDU)



Martina Tegtmeier (SPD)



Ralf Grabow (FDP)



Tino Müller (NPD)

Fotos: Uwe Baleski

Blindengeld gekürzt

Nach hitziger Debatte Minderung um 20 Prozent beschlossen

■ Das Landesblindengeld sinkt zum 1. Mai von jetzt 546 Euro auf 430 Euro im Monat. Nach monatelangem Tauziehen verabschiedete der Landtag am 4. März die Kürzung mit vielen Stimmen aus den Regierungsfractionen. Allerdings stimmten auch drei Abgeordnete der SPD und ein CDU-Parlamentarier gegen das „Gesetz zur Neuregelung von Nachteilsausgleichen für Menschen mit Behinderung“. Mit dem verringerten Landesblindengeld sollen jährlich 5,4 Millionen Euro eingespart werden. Die Opposition scheiterte mit eigenen Anträgen zum Blindengeld. Die Linke hatte den Erhalt in der bisherigen Höhe gefordert, die FDP eine Neuberechnung des Bedarfs der Betroffenen. Der Sozialausschuss hatte mehrheitlich die Annahme des neuen Gesetzes empfohlen.



Foto: Jens Büttner

Vor dem Parlamentssitz hatten am Morgen vor der Debatte rund 100 Blinde und Sehbehinderte gegen die Kürzung protestiert.

SPD-Fraktionschef **Dr. Norbert Nieszery** wies auf die Koalitionsvereinbarung hin, nach der alle Leistungsgesetze und Landesprogramme auf den Prüfstand gestellt werden müssen. Eine „verantwortungsbewusste Haushaltspolitik“ sei nötig, damit Mecklenburg-Vorpommern ab 2020 finanziell auf eigenen Füßen stehen könne, verteidigte er die Absenkung des Landesblindengeldes um rund 20 Prozent. Der ursprüngliche Gesetzentwurf der Landesregierung sei aber im Zuge der parlamentarischen Beratungen verbessert worden. So blieben die Leistungen für blinde und hochgradig sehbehinderte Kinder und Jugendliche unverändert. „Bei den Erwachsenen konnten wir die Abstriche beim Blindengeld moderater gestalten“, sagte Nieszery. Das Blindengeld solle jetzt 430 Euro betragen. Das seien fast 100 Euro mehr als vorgesehen waren. „Eine Kürzung bleibt eine Kürzung“, räumte er dennoch ein. „Und die wird für viele Menschen schmerzlich sein.“

Die Linke-Abgeordnete **Irene Müller**, selbst blind, betonte, beim Blindengeld handele es sich um einen Nachteilsausgleich. Es sei nicht nachzuvollziehen, dass der Nachteil geringer geworden sein sol-

le. „Sie kaufen ‚Herr der Ringe‘ für 89 Euro, ich kaufe ‚Herr der Ringe‘ für 306 Euro“, nannte sie ein Beispiel. Bücher für Blinde sind in Brailleschrift gedruckt, die tastbar ist. Für viele betroffene Menschen würden die Kürzungen deutliche Einbußen an Lebensqualität bedeuten. So seien viele Blinde beispielsweise für den Gang zum Friseur auf Begleitung angewiesen. Solche Begleitpersonen könnten sie nun fünf Stunden pro Monat weniger bezahlen. Auch seien viele Hilfsmittel gestrichen worden. Irene Müller beantragte eine namentliche Abstimmung für den Regierungsentwurf und den Änderungsantrag der Linken.

CDU-Fraktionsvorsitzender **Harry Glawe** erinnerte daran, dass das Finanzministerium nach einem bundesweiten Vergleich der Landesblindengelder ursprünglich eine Kürzung auf 333 Euro vorgeschlagen hatte. Mit den nun beschlossenen 430 Euro liege Mecklenburg-Vorpommern weiter im oberen Mittelfeld. Das Landesblindengeld werde weiter unabhängig vom Einkommen gezahlt. „Die Kürzungen fallen auch uns als Christdemokraten schwer, aber ich glaube, wir haben eine vertretbare Lösung vorgelegt“, sagte Glawe.

Stefan Köster (NPD) warf der Koalition vor, das Blindengeld zu kürzen, um Einsparungen in Millionenhöhe zu erzielen. Dabei sei der Mehraufwand für Blinde nie festgestellt worden. Ziel sei es nur, Sozialleistungen auf dem Rücken der Bürger, die sowieso wenig hätten, zu streichen. Das sei keine Politik fürs Volk. Seine Fraktion werde das Gesetz ablehnen.

Der FDP-Abgeordnete **Ralf Grabow** sagte, er hätte sich eine Neuberechnung des Bedarfs von Blinden statt einer schlichten

Kürzung gewünscht. „Dann hätten wir auch drüber reden können“, sagte er. Die nun geplante Kürzung betrage immerhin 20 Prozent. Er forderte die Regierungsfractionen auf: „Zeigen Sie Größe und nehmen Sie das Gesetz zurück!“

Sozialministerin **Manuela Schwesig** verteidigte die Kürzung und wies auf die schwieriger werdende Finanzlage des Landes in den nächsten Jahren hin. Das Land wolle sich Spielräume zur freien Politikgestaltung erhalten. Sie räumte aber ein, dass die Kürzung ein „massiver Einschnitt“ für die Betroffenen sei. „Es ist eine Kürzung, die weh tut. Das kann nicht schön geredet werden“, sagte sie. Die Ministerin wies aber auch darauf hin, dass die Regierung zum Beispiel 400.000 Euro für den Neubau der Landesblindenschule in Neukloster zur Verfügung stellt. Durch zusätzliche Mittel aus dem Konjunkturpaket II könne die Schule nun eher als geplant eingeweiht werden.

Landesblindengeld in den Bundesländern

Bislang gewährte Mecklenburg-Vorpommern mit 546 Euro das höchste Landesblindengeld bundesweit. Mit der Kürzung auf 430 Euro belegt der Nordosten Platz 7.

Hessen	511 Euro
Bayern	505 Euro
Nordrhein-Westfalen	495 Euro
Berlin	476 Euro
Hamburg	453 Euro
Saarland	438 Euro
Mecklenburg-Vorp.	430 Euro
Rheinland-Pfalz	410 Euro
Baden-Württemberg	409 Euro
Schleswig-Holstein	400 Euro
Sachsen-Anhalt	350 Euro
Bremen	346 Euro
Sachsen	333 Euro
Brandenburg	266 Euro
Niedersachsen	220 Euro
Thüringen	220 Euro

Nach Angaben des Blinden- und Sehbehindertenvereins M-V beziehen rund 5.000 Blinde und hochgradig Sehbehinderte das Blindengeld. Für die derzeit rund 100 blinden und sehbehinderten Kinder im Land bleibt das Blindengeld in bisherigen Höhe (273 Euro) erhalten.

Zeit für Familie und Beruf

Landtag will es Eltern erleichtern, Kinder und Arbeit zu verbinden

■ **Väter und Mütter in Mecklenburg-Vorpommern sollen sich gleichermaßen Familie und Beruf widmen können. Ein entsprechender Antrag der Regierungsfractionen wurde auf der Landtagsitzung am 5. März einstimmig angenommen. Die Parlamentarier begrüßen demnach alle Bemühungen der Landesregierung, gemeinsam mit Partnern aus dem Sozialwesen und der Wirtschaft betriebliche Veränderungen und Modelllösungen herbeizuführen. Bis zum 30. Juni 2010 soll die Regierung einen umfassenden Bericht über ihre Maßnahmen im Parlament vorlegen. Ein Änderungsantrag der FDP, nachdem der Bericht schon Mitte dieses Jahres fertig sein soll, wurde abgelehnt.**

Junge Familien bräuchten gezielte Unterstützung aus der Politik, begründete **Martina Tegtmeier** (SPD) den Koalitionsantrag. Es müsse ihnen leichter gemacht werden, sich ihren Kinderwunsch zu erfüllen. Gerade vor dem Hintergrund des demokratischen Wandels, der Abwanderung junger Menschen – insbesondere junger, qualifizierter Frauen – sowie des steigenden Fachkräftemangels sei dies notwendig. In Mecklenburg-Vorpommern müssten die Bedingungen für beide Geschlechter gleichermaßen gut entwickelt werden, Familie und Beruf miteinander zu verbinden. Dem Änderungsantrag der Liberalen werde ihre Fraktion nicht zustimmen, da die Maßnahmen ordentlich beraten werden müssten. Eine Verkürzung des Berichtszeitraumes sei nicht im Interesse der Väter und Mütter.

Nach Auffassung von Sozialministerin **Manuela Schwesig** ist es ein „moralisches, soziales und wirtschaftliches Gebot der Stunde“, dass Väter und Mütter sich gleichermaßen sowohl ihren Kindern als auch ihrem Beruf zuwenden können. „Ich will es mal ein bisschen vereinfacht darstellen: Heute wollen Mütter AUCH arbeiten – und Väter AUCH mit ihren Kindern kuscheln“, sagte sie. Junge Eltern dürften nicht das Gefühl haben, sich zerreißen zu müssen zwischen Familie, Beruf und Freizeit. Die Politik müsse dafür die Rahmenbedingungen schaffen. In diesem Zusammenhang verwies sie auf den Erfolg der „Vätermonate“. Mecklenburg-Vorpommern stehe bei der Beteiligung von Vätern an der Elternzeit bundesweit an der Spitze. „Es ist Aufgabe der Politik, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch geeignete Maßnahmen zu unterstützen“, unterstrich der gleichstellungspolitische Sprecher der Linken im Landtag, **Peter Ritter**.

Ein Sachstandbericht, wie von der Koalition gefordert, diene dem Erkenntnisgewinn – er müsse aber über eine Bestandsaufnahme hinausgehen und auch Handlungsempfehlungen geben. Er forderte flexible Kitas, die „gegebenenfalls auch 24 Stunden am Tag“ geöffnet sein müssten. Zudem kritisierte er die Regierungsfractionen SPD und CDU wegen deren seiner Meinung nach zu geringen Frauenbeteiligung. So würden nur wenige Frauen von den Fraktionen zur Wahl des Bundespräsidenten in die Bundesversammlung entsendet. Die SPD schicke vier Männer und eine Frau, bei der CDU sei unter den vier entsandten Teilnehmern gar keine Frau. FDP und NPD entsenden jeweils einen Mann. Die Linke schickt eine Frau und einen Mann.

Dass sich immer mehr Eltern auch die Betreuung der Kinder teilen, ist nach Meinung von **Beate Schlupp** (CDU) vor allem ein Verdienst der jetzigen Bundesregierung. Fast jeder zweite Vater bleibe länger als zwei Monate zu Hause, betonte sie. Sie wies aber auch auf Defizite hin. So gebe es noch immer nicht gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Es werde höchste Zeit, dass Betreuungskosten steuerlich abgesetzt werden könnten. Auch seien Frauen in Führungspositionen sowohl in der Wirtschaft als auch in der öffentlichen Verwaltung immer noch selten, kritisierte die Politikerin. Über Gleichstellung müsse man nicht nur reden, man müsse sie auch „leben“, betonte **Ralf Grabow** (FDP). So dürften bei Umfragen, wie jüngst beim Sozialministerium geschehen, nicht nur Mütter,

sondern auch Väter befragt werden. Er erneuerte seine Forderung nach einem Betriebskindergarten für Landtagsmitarbeiter und plädierte für längere Kita-Öffnungszeiten.

Tino Müller (NPD) sprach von „Schaufensteranträgen ohne Substanz“. In der Realität habe die Mehrheit der Väter nur die Wahl zwischen Arbeit oder Hartz IV. Er bezweifelte, dass Aktionen wie der vor zwei Jahren ins Leben gerufene Wettbewerb für familienfreundliche Kommunen die Landesregierung tatsächlich zur Arbeit anregen. Seine Fraktion habe genügend Vorschläge zum Thema Familie gemacht. Sie werde dem Antrag trotzdem zustimmen.

Dr. Margret Seemann (SPD) unterstrich die Bedeutung der Vereinbarkeit von Elternsein und Erwerbsleben. „85 Prozent der Frauen in Deutschland wollen Familie und Beruf“, wies sie auf eine Studie hin. Aber Frauen würden heute eher auf Kinder als auf berufliche Entwicklung und Selbstständigkeit verzichten. Und Männer entscheiden sich ihrer Meinung nach öfter gegen Kinder, weil sie sich nicht in der Lage fühlen, für Frau und Nachwuchs aufzukommen. Da sei die Politik gefragt. In Mecklenburg-Vorpommern sei das Thema „gleiche Teilhabe“ ressortübergreifend verankert worden. Eine verbesserte Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Privatleben ist Margret Seemann zufolge auch im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung. Sie forderte unter anderem ein Umdenken bei den Arbeitgebern.



Foto: Jens Bürtner

Ärger über hohe Ackerpreise

Landtag übt Kritik an Preispolitik des Bundes

■ Abgeordnete aller Fraktionen übten in einer Landtags-Debatte am 5. März einhellig Kritik an den stark gestiegenen Verkaufspreisen für ehemals volkseigene Äcker. Politiker aus dem Regierungslager wie auch von der Opposition machten ihrem Ärger über die Preise Luft, die mit der Wirtschaftlichkeit der Böden mitunter nichts zu tun hätten. Der Antrag der Linksfraktion, den Bodenzugang für einheimische Landwirtschaftsbetriebe zu sichern, soll nach einstimmigem Landtagsbeschluss im Agrarausschuss besprochen werden.

Foto: Uwe Sinnecker



Allein im vergangenen Jahr seien die Bodenpreise bei Verkäufen durch die Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) um 32 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gestiegen, sagte der agrarpolitische Sprecher der Linken, **Prof. Dr. Fritz Tack**. Er forderte bei der Begründung des Antrages seiner Fraktion, Gesetze wie das Grundstücksverkehrsgesetz, das Landpachtverkehrsgesetz und das noch aus dem Jahr 1919 stammende Reichssiedlungsgesetz zu überprüfen. Landwirtschaftliche Nutzfläche dürfe nicht zu einem Spekulationsobjekt verkommen. Auf Erfolge bei den Bemühungen des Landes für verbesserte Privatisierungsbedingungen verwies Landwirtschaftsminister **Dr. Till Backhaus**. So seien die Pachtzeiten auf 18 Jahre verlängert worden. Bei der BVVG sei „viel Verkaufsdruck herausgenommen“ worden. Ein großer Teil der BVVG-Flächen sei verpachtet. „Wir werden weiter verhandeln“, versprach er.

Der CDU-Agrarpolitiker **Dr. Henning von Storch** beschuldigte das SPD-geführte Bundesfinanzministerium, bei der für die Privatisierung der Flächen zuständigen BVVG auf Höchstpreise zu dringen. Viele Landwirte fühlten sich von den inzwischen erreichten Preisen erdrückt und fürchten, dass der Boden an finanzkräftige Spekulanten geht.

Die FDP-Abgeordnete **Sigrun Reese** bezeichnete es als Skandal, dass der BVVG auf Kosten der ostdeutschen Landwirtschaft immer mehr Geld in die Kassen ströme. Die Lobby für ostdeutsche Landwirte im Bundestag sei eher gering. Für die Liberalen stehe die Privatisierung der Flächen im Vordergrund. Die Landwirte müssten in die Lage versetzt werden, Eigentümer von Grund und Boden zu werden.

Ute Schildt (SPD) forderte die CDU auf, gemeinsam mit den Sozialdemokraten auf Bundesebene eine Novelle der Flächenenerwerbsverordnung durchzusetzen.

Drei Milliarden Euro Überschuss

Die BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH hat in 16-jähriger Tätigkeit insgesamt über eine Million Hektar Flächen privatisiert. Sie veräußerte rund 525.000 Hektar Landwirtschaftsfläche sowie 526.000 Hektar Wald. Rund 54.700 Hektar Umwidmungsflächen wurden für investive Zwecke verkauft. Insgesamt entspricht die bisher privatisierte Fläche etwa der Hälfte der Fläche des Bundeslandes Sachsen-Anhalt. Der an den Bund abgeführte Überschuss beträgt rund 3,5 Milliarden Euro.

Mit 291 Millionen Euro Überschuss erzielte die BVVG im Jahr 2007 das beste Resultat in der Firmengeschichte. Das finanzielle Ergebnis lag 36 Millionen Euro höher als geplant.

(aus einer Pressemitteilung der BVVG vom 24. Juli 2008)

Erst dann könnten bei der Preisgestaltung regionale, durch Gutachter ermittelte Bodenpreise zugrunde gelegt werden. Bisher werden die Äcker versteigert und zum Höchstgebot veräußert.

Seine Fraktion hege Zweifel, ob Verhandlungen mit dem Bund über die Vergabe von BVVG-Flächen etwas bringen, sagte **Raimund Borrmann** (NPD). Bei der gegenwärtigen „Systemkrise“ würden „Unsummen verpulvert“, nur die Bauern würden nicht von den deutschen Steuergeldern profitieren.

Nach Auffassung von **Helmut Holter** (DIE LINKE) betreibt die BVVG eine Politik der Preistreiberei. Diese müsse ein Ende finden. Das Land sei in der Pflicht, Restflächen in Besitz zu nehmen. Er forderte den Landtag auf, nicht nur „gelegentlich“, sondern regelmäßig über Probleme im ländlichen Raum zu diskutieren.

Lehrermangel vorbeugen

FDP-Antrag zur Liberalisierung des Personalmanagements abgelehnt

■ Die Landesregierung soll nach dem Willen der FDP mit einem speziellen Management Personalengpässen bei Lehrern vorbeugen. Beispielsweise soll den Schulen durch Deregulierung ermöglicht werden, die besten Lehrer ins Land zu holen und an den Standort zu binden, heißt es in dem Antrag, der am 6. März in den Landtag eingebracht wurde. Neben leistungsgerechter Entlohnung müsse die „optimale Entfaltungsmöglichkeit“ für die Lehrer im Mittelpunkt der Personalentwicklung stehen. Dafür sei eine weitgehende Selbstständigkeit der Schulen Voraussetzung. Der Antrag fand keine Mehrheit im Parlament.



Foto: Jens Büttner

Wegen geringer Bezahlung und hoher Arbeitslast ist Lehrersein nach den Worten von **Hans Kreher** (FDP) inzwischen für viele kein Traumberuf mehr. Lehrkräfte, die noch im Land sind oder ihre Ausbildung gerade beenden, würden durch attraktive Angebote aus anderen Bundesländern abgeworben. Ein sinnvolles Personalmanagement und eine Imagekampagne seien daher zwingend notwendig. Die Schulen sollten weitgehend selbst entscheiden dürfen, welche Lehrer sie einstellen. Neben einer „attraktiven Gehaltspolitik“ müssten dem Personal auch Freiräume und flexibles Arbeiten ermöglicht werden. Zurzeit würden Lehrer vor allem nach Kassenlage und Lehrpersonalkonzept eingestellt. Das sei zu wenig.

Jungen Lehrkräften müsse im Land eine Perspektive geboten werden, sagte auch Sozialministerin **Manuela Schwesig**, die den Bildungsminister vertritt. Dies sei nicht immer einfach. Immerhin seien trotz sinkender Schülerzahlen Entlassungen bis-

lang verhindert worden. Sie verwies auf eine gerade gegründete Arbeitsgruppe, die nach Wegen suchen soll, den Lehrerberuf in Mecklenburg-Vorpommern attraktiver zu machen.

Sprecher der Koalitionsfraktionen SPD und CDU verwiesen auf das neue Schulgesetz zur Selbstständigen Schule, das den Schulen deutlich größere Freiheiten einräume. Der hochschulpolitische Sprecher der SPD, **Mathias Brodkorb**, kritisierte den FDP-Antrag als zu unkonkret. Es werde zwar ein wichtiges Thema angesprochen. „Aber Sie wissen nicht, was wir machen sollen“, sagte er. Eine nichtöffentliche Anhörung zur Zukunft der Lehrer sei nach Meinung der Sozialdemokraten ein besserer erster Schritt. Daraus könne das Parlament dann einen Auftrag für die Regierung ableiten. Der CDU-Bildungsexperte **Marc Reinhardt** verwies zudem darauf, dass Bildungsminister Tesch bereits wichtige Aufgaben benannt habe. Dazu zählten die Verdopplung der Referendarstellen, die Aufstockung der

Neueinstellungen von 170 auf 300 pro Jahr sowie Gehaltsaufbesserungen für Junglehrer. Zudem gelte es, weiterhin für den Lehrerberuf zu werben.

DIE LINKE will mit landeseigenen Sonderstipendien während der Studienzeit junge Lehrer zur Berufsaufnahme in Mecklenburg-Vorpommern bewegen. Zudem sollten Referendare mehr Geld erhalten, schlug der Bildungsexperte der Linksfraktion, **Andreas Bluhm**, vor. Diese „Sonderzahlungen“ könnten dann mit der Verpflichtung gekoppelt werden, eine Tätigkeit im Land aufzunehmen. Auf diese Weise könne dem drohenden Lehrermangel im Nordosten wirkungsvoller entgegengewirkt werden, als mit der von Bildungsminister Henry Tesch vorgeschlagenen befristeten Verbeamtung von Referendaren. „Dieser Vorschlag ist, mit Verlaub, eine Schnapsidee“, sagte Bluhm. Er forderte eine klare Perspektive für den Übergang zur Vollzeitarbeit und mehr Beförderungen. Die große Mehrzahl der Lehrer muss wegen des Lehrpersonalkonzepts, mit dem Kündigungen vermieden wurden, Teilzeit arbeiten und damit Lohn einbußen hinnehmen.

Birger Lüssow (NPD) forderte eine gute Bezahlung von Lehrern und eine gute Ausstattung der Schulen. Die Lehrkräfte müssten sich zudem vor allem mit Schülern, nicht mit Verwaltungsaufgaben beschäftigen. Ein gut ausgestattetes, einheitliches Schulsystem würde seiner Meinung nach die Chancengleichheit stärken.

Hintergrund

Untersuchungen zufolge ist nicht einmal ein Prozent der rund 12.000 Lehrer im Nordosten jünger als 30 Jahre. Personalüberhang verhindert Neueinstellungen. Nicht einmal 100 Lehrer fangen pro Jahr neu an. Reichere Bundesländer werben mit höheren Einkommen und Verbeamtung. Die Kultusminister der Länder vereinbarten bei ihrer Tagung in Stralsund einen fairen Wettbewerb um Nachwuchslehrer. Eine Arbeitsgruppe soll bis Juni Vorschläge für eine gemeinsame Strategie zum Lehrbedarf erarbeiten.

Schulen sollen Europa-Profil schärfen

Koalitionsantrag mehrheitlich angenommen

■ Die Landesregierung soll das europäische Engagement an Schulen in Mecklenburg-Vorpommern fördern und ein auf Europa gerichtetes Profil schärfen helfen. Dem Antrag der Koalitionsfraktionen „Die Europafähigkeit unserer Schulen stärken und ausbauen“ stimmten am 6. März die Abgeordneten von SPD und CDU sowie der oppositionellen FDP zu. Die NPD stimmte dagegen, DIE LINKE enthielt sich der Stimme.

Es sei bedenklich, dass Schüler meist wenig über die Europäische Union (EU) wüssten und sie oft in negativem Licht sähen, begründete **Werner Kuhn** (CDU) den Antrag. Die EU müsse oft als Sündenbock für unliebsame Entscheidungen herhalten und habe zu Unrecht ein schlechtes Image. „Die EU ist eben ganz anders als alles, was wir schon kennen“, betonte er. Daher sei es wichtig, dass Schüler die EU mit ihren Facetten besser begreifen lernen und sich für die europäische Idee begeistern. Die bestehenden 31 Europaschulen in Mecklenburg-Vorpommern leisten seiner Meinung nach bereits einen wichtigen Beitrag dazu. Darüber hinaus müssten mehr Kenntnisse über die anderen Ländern vermittelt und auch die Fremdsprachenausbildung, beispielsweise durch zweisprachigen Unterricht, gefördert werden. Über Schulpartnerschaften und multilaterale Projekte könnten Vorurteile überwunden werden. Grundkenntnisse über die europäische Geschichte und die Arbeit der Europäischen Union sollten stärker in den Lehrplänen verankert und in die Lehrerbildung integriert werden.

Sozialministerin **Manuela Schwesig** informierte in Vertretung des Bildungsministers, dass die Länder derzeit an einem gemeinsamen Kriterien-Katalog für Europaschulen arbeiteten. Neben den Fremdsprachen bieten ihrer Auffassung nach auch Fächer wie Geschichte und Sozialkunde die Chance, den europäischen Gedanken in die Köpfe zu tragen.

Andreas Bluhm (DIE LINKE) hält den Antrag nicht für unbedingt notwendig. Viele der genannten Einzelmaßnahmen seien bereits im Europabericht der Landesregierung enthalten, monierte er. Dort seien unter anderem Aufgaben für den Fremdsprachenunterricht, für die Lehrerfortbildung und die Schaffung einer europäi-

schen Regionalschule vorgesehen. Einige Forderungen des Antrages gehen seiner Meinung nach über Absichtserklärungen nicht hinaus. Wer den zweisprachigen Unterricht verstärken wolle, müsse auch zusätzliche Stunden zur Verfügung stellen. Er regte anstelle des Antrages eine Eigenverpflichtung an. Die Abgeordneten der demokratischen Parteien sollten einmal jährlich mit Schülern in ihrem Wahlkreis über europapolitische Themen diskutieren.

Im Land müsse ein europafreundliches Klima geschaffen werden, begründete **Hans Kreher** (FDP), warum seine Fraktion dem Antrag zustimmt. Man müsse vermitteln, dass „Europa“ den Menschen viele Vorteile bringt. Er verwies unter anderem auf Chancen einer gemeinsamen Entwicklung im Ostseeraum. Das müsse den Schülern klar werden, nicht nur an den Europaschulen.

Birger Lüssow (NPD) forderte, statt der Europa- erst mal die Deutschlandfähigkeit der Schulen zu stärken. EU bedeute „einfach unterdrücken“, sagte er. Die Völker

Europaschulen in M-V

Seit August 1996 hatten Schulen in Mecklenburg-Vorpommern die Möglichkeit, sich zu „Europaschulen“ weiter zu entwickeln. Der Titel wurde nach Prüfung des Antrages einer Schule, in dem diese die Erfüllung bestimmter Kriterien nachweist, auf der Grundlage des Schulgesetzes verliehen. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es 31 Schulen, die den Titel „Europaschule“ tragen.

würden gleichgeschaltet, und Schüler müssten nur funktionieren. Die Schulen hätten zudem mit anderen Problemen zu kämpfen – wie Stundenausfall und sanierungsbedürftige Gebäude.

Für **Ilka Lochner-Borst** (CDU) ist „Europa“ eines der erfolgreichsten Projekte der Geschichte. Damit junge Menschen den europäischen Gedanken verstehen können, müsse er stärker in die Lehrpläne integriert werden. Europa garantiere Sicherheit und Stabilität und biete beste Chancen für gutausgebildete Menschen im Land. Europa sei auch kulturelle Vielfalt. „Das wollen wir an die Schüler weitergeben“, betonte sie.

Zahlreiche Abgeordnete des Landtages M-V besuchten am EU-Projekttag am 9. März Schulen und diskutierten mit den Schülerinnen und Schülern über die Europäische Union. Mehr dazu lesen Sie auf S. 19.



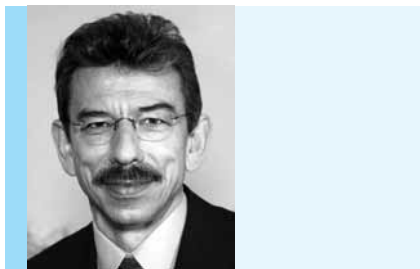
Landtag untermauert Budgethoheit

Debatte um Schuldenbremse nach Dringlichkeitsantrag der Koalition

■ In der Debatte um die Einführung verbindlicher Schuldenbremsen für die Länder hat der Landtag am 4. März die Mitwirkung der Landesparlamente an etwaigen Grundgesetzänderungen angemahnt. Schuldengrenzen auch für die Länder im Grundgesetz, also durch den Bund, vorzuschreiben, nannten Redner der SPD/CDU-Koalition verfassungsrechtlich zweifelhaft. Nach hitziger Debatte stimmten SPD und CDU dem von ihnen eingebrachten Dringlichkeitsantrag „Budgethoheit des Landtags verteidigen“ zu. Allerdings verhinderte die CDU durch eine Änderung des Antrags die von der SPD geforderte Ablehnung der angestrebten Grundgesetzänderung. Die oppositionelle FDP warf der Koalition vor, das weit reichende Thema nur unzureichend zu behandeln, und verweigerte teilweise die Teilnahme an der Abstimmung. LandtagsNachrichten veröffentlichen nachfolgend Auszüge aus der Debatte.

Rudolf Borchert, SPD:

„Wir halten den eingeschlagenen Weg für falsch“



(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Wenn sie bis dahin nicht pleite sind.)

Drittens. Ausnahmen sind nur bei Naturkatastrophen und extremen Notsituationen vorgesehen.

(Michael Andrejewski, NPD:
Und Finanzkrise!)

■ „Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! [...] neben diesen durchaus erfreulichen Zwischenergebnissen muss man aber leider auch festhalten, dass der Beschluss der Föderalismuskommission vom 12. Februar dieses Jahres zur neuen Schuldenregelung uns mit großer Sorge und Skepsis erfüllt. Durch Änderungen der Artikel 109, 115, 143 Grundgesetz sind [...] vier [...] gravierende Veränderungen geplant.

Erstens. Der Bund soll verpflichtet werden, sich ab 2016 nur noch mit maximal 0,35 Prozent des jährlichen Bruttoinlandsproduktes verschulden zu dürfen, das wären derzeit etwa 8 Milliarden Euro.

Zweitens. Die Länder sollen ab 2020 überhaupt keine neuen Schulden mehr machen dürfen.

Und viertens. 7,2 Milliarden Euro Konsolidierungshilfe sollen von 2011 bis 2020, also jährlich 800 Millionen Euro, für so genannte finanzschwache Länder gezahlt werden. Mecklenburg-Vorpommern würde dabei zum Geberland werden, also nicht mehr zu den finanzschwächeren Ländern gehören und jährlich fast 10 Millionen Euro an die angeblich ärmeren Länder zu zahlen haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die SPD-Fraktion hält grundsätzlich konkretere und wirksamere Schuldenregelungen für notwendig, um noch wirkungsvoller als bisher die Verschuldung von Bund und Ländern zu begrenzen. [...] Wir halten den eingeschlagenen Weg [...] allerdings für falsch, denn eine die Länder verpflichtende Schuldenregelung im Grundgesetz, die den Ländern eine entsprechende Änderung ihrer Landesverfassungen zur Pflicht macht, wird von der

Schuldenbremse

Union und SPD auf Bundesebene haben sich darauf verständigt, den Artikel 115 des Grundgesetzes (Aufnahme von Krediten sowie Übernahme von Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen) neu zu fassen. Demnach sollen die Länder ab dem Jahr 2020 überhaupt keine Schulden mehr machen dürfen. Der Bund soll seine Kreditaufnahme von 2016 an auf 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts reduzieren. Das entspricht etwa 8 Milliarden Euro. Ausnahmen sind nur für Naturkatastrophen oder extreme Notsituationen vorgesehen. Außerdem sollen von 2011 bis 2020 für so genannte finanzschwache Länder 7,2 Milliarden Euro Konsolidierungshilfe, also jährlich 800 Millionen Euro, gezahlt werden.

Mecklenburg-Vorpommern, das in den vergangenen Jahren konsequent Schulden getilgt und Neuverschuldung vermieden hat, würde dabei zum Geberland werden und jährlich fast 10 Millionen Euro an die angeblich ärmeren Länder zu zahlen haben. Bis zum Sommer sollen Bundestag und Bundesrat die weit reichende Gesetzesänderung beschließen.

SPD-Fraktion aus verfassungsrechtlichen Gründen abgelehnt.

(Jörg Heydorn, SPD: Sehr richtig.)

[...] Ich freue mich auf die anschließende Debatte und werde sicherlich [...] noch anschließend die Gelegenheit haben, einzeln zu begründen, worin unsere verfassungsrechtlichen Bedenken im Detail bestehen. – Vielen Dank.“

Ministerpräsident Erwin Sellering:

„Schuldenbremse in M-V kann nur der Landtag beschließen“

Foto: Cornelius Kettler



■ „[...] Meine Damen und Herren, als die Kommission zur Modernisierung der Bund-Länder-Beziehungen am 15. Dezember 2006 eingesetzt wurde, gab es große Erwartungen, wobei natürlich wir aus Mecklenburg-Vorpommern auch mit einer gewissen Skepsis hingefahren sind, denn wir hatten ja Erfahrungen mit der ersten Föderalismuskommission. Und dann sind über zwei Jahre zahlreiche Vorschläge zur Neuordnung diskutiert worden. Viele Ideen haben sich dabei als nicht praktikabel erwiesen.

Für uns besonders wichtig: Es gab den Vorschlag, den Ländern mehr Steuerautonomie zu gewähren, das hat sich zum Glück nicht durchgesetzt. Das hätte einen ruinösen Wettbewerb der Länder zur Folge gehabt, in dem Mecklenburg-Vorpommern aufgrund seines Nachholbedarfs in der Wirtschaft und auch aufgrund seiner schwachen Finanzkraft von Anfang an schlechte Karten gehabt hätte. Ich finde sehr gut, dass dieser Vorschlag keine Mehrheit gefunden hat, und ich möchte ausdrücklich Harald Ringstorff danken, der sich dafür in der Föderalismuskommission und auch außerhalb erfolgreich eingesetzt hat. [...]

Meine Damen und Herren, nach Abschluss einer sehr intensiven Arbeitsphase ist dann irgendwie in der Föderalismuskommission der Reformeifer ein wenig verflogen. [...] Es wurde schon von Scheitern gesprochen, wohl deshalb ist dann auch vor gut einem Monat plötzlich ein Vorschlag aus dem Hut gezaubert wor-

den, der mit aller Macht durchgedrückt worden ist [...].

Die Kommission schlägt jetzt vor, mehrheitlich, meine Damen und Herren, lieber Herr Methling, dass eine Schuldenbremse ins Grundgesetz eingeführt wird: für den Bund ab 2016 0,35, für die Länder ab 2020 Null. Und weiter sind festgelegt worden sogenannte Konsolidierungshilfen für fünf Bundesländer, die erhalten jährlich 800 Millionen bis 2020.

Ich will ganz klar sagen, die Landesregierung unterstützt das Ziel, ohne neue Schulden auszukommen. Schließlich können wir hier aus Mecklenburg-Vorpommern sagen, das ist für uns kein neuer Vorsatz, den wir da fassen, sondern das ist zehn Jahre praktizierte Politik. Also die Schuldenbremse im Grundgesetz ist prinzipiell richtig, allerdings ist verfassungsrechtlich zweifelhaft, wenn die Schuldenbremse auch für die Länder im Grundgesetz, also durch den Bund, vorgeschrieben wird. [...]

Jedenfalls halte ich das für politisch unklug, das im Bund für die Länder vorzuschreiben [...] Ich denke, eine verfassungsrechtliche Verpflichtung für unser Land zu einer Schuldenbremse kann nur der Landtag beschließen, das kann uns der Bund nicht abnehmen. [...]

Meine Damen und Herren, darauf bezieht sich in erster Linie dieser Antrag. Ich möchte gerne die Gelegenheit ergreifen, über die Konsolidierungshilfen zu sprechen, denn das ist etwas, was ich für völ-

lig inakzeptabel halte. Die Konsolidierungshilfen sind jetzt so ausgestaltet, dass Mecklenburg-Vorpommern dadurch zum Geberland wird. Das ist willkürlich, das ist ungerecht und das bestraft uns für unsere erfolgreichen Anstrengungen. Und das belohnt diejenigen, die in der Vergangenheit mit leichter Hand Schulden gemacht haben. Deshalb sage ich, ich kann diese beiden Punkte nicht mittragen [...]

Auch wir sollen zum Geberland werden. Ich würde das akzeptieren und vielleicht sogar stolz darauf sein, wenn Mecklenburg-Vorpommern inzwischen mehr Wirtschafts- und Finanzkraft hätte als andere Länder, aber davon sind wir trotz aller Fortschritte noch weit entfernt. Wir sind leider nach wie vor eines der strukturschwächsten Länder, wirtschaftlich wie finanziell. Wenn man einzig [...] auf die wirtschaftliche und finanzielle Stärke der Länder abgestellt hätte, dann wäre niemand [...] auf die Idee gekommen, Mecklenburg-Vorpommern zum Geberland zu machen. Aber ausschlaggebend für die Einteilung in Geber- und Nehmerländer war eben einzig und allein die Höhe der Schulden, die diese Länder in den letzten Jahren gemacht haben. Und das halte ich für sachwidrig und für ungerecht. Noch einmal: Dadurch werden diejenigen belohnt, die sich hoch verschuldet haben, und es werden die bestraft, die wie Mecklenburg-Vorpommern sehr solide gewirtschaftet haben [...]

Ich will ganz klar und unmissverständlich sagen, wenn ich Kritik an den Ergebnissen der Kommission übe, dann bedeutet das nicht, neuen Schulden das Wort zu reden, ganz im Gegenteil. Mecklenburg-Vorpommern ist schon heute eines der wenigen Länder, die ohne Schulden auskommen. Das ist das Ergebnis jahrelanger schwerer Anstrengungen der rot-roten und auch der rot-schwarzen Regierung. [...] Auch in der jetzigen Wirtschaftskrise wird die Landesregierung alles tun, um diesen Konsolidierungskurs weiterzuführen, keine Neuverschuldung aufzunehmen [...]

Es geht um unsere Verantwortung gegenüber kommenden Generationen. Ich bitte Sie, lassen Sie uns diese Verantwortung gemeinsam wahrnehmen. Vielen Dank.“

Birgit Schwabs, DIE LINKE:

„Wir teilen ganz klar die verfassungsrechtlichen Bedenken“



Foto: Uwe Baleski

■ „Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann Ihnen versichern, DIE LINKE im Bundestag und in den Landtagen teilt die Sorge um die Verschuldung der öffentlichen Haushalte, das ist gar keine Frage. Auch wir wollen stabile Haushalte, damit Politik handlungsfähig bleibt. Dass wir zu diesem theoretischen Anspruch stehen, haben wir in Mecklenburg-Vorpommern, aber auch in Berlin mit der gelungenen Konsolidierung der Landeshaushalte unter Beweis gestellt.“

Aber, meine Damen und Herren, ich finde es schon bezeichnend: Während es bei kreditfinanzierten staatlichen Beihilfen und Garantien für Banken offenbar keine Grenzen nach oben gibt, sollen die Möglichkeiten der öffentlichen Hand in unverantwortlicher Weise durch eine Schuldenbremse beschränkt werden. Die Länder und Kommunen wären mit der Einführung einer Schuldenbremse kaum in der Lage, Impulse für Wachstum und Beschäftigung über Kredite zu finanzieren, denn sie müssen anstelle der privaten Bankwirtschaft den Gürtel enger schnallen. Das ist kontraproduktiv, sprechen doch selbst seriöse Schätzungen bereits heute von einem kommunalen Infrastrukturbedarf bis 2020 von 700 Milliarden Euro mit den Schwerpunkten bei Schulen, bei öffentlichen Gebäuden, bei Krankenhäusern, Sportstätten und im öffentlichen Personennahverkehr. Aber offenbar sind Milliardenschulden überhaupt kein Problem, wenn es darum geht, die Interessen der privaten Finanzwirtschaft zu schützen. Wenn es hingegen um Investitionen in

das Sozial- und Bildungssystem geht, in Lebensqualität vor Ort und Chancengleichheit auch in der Fläche, dann wird vor Schulden gewarnt [...]

Eine Schuldenbremse zum jetzigen Zeitpunkt und mit dem jetzigen Zeithorizont zu fixieren, ist aus unserer Sicht keine Antwort in der Sache, denn ihre Einführung birgt eher das Risiko, die haushaltspolitische Lage der Länder und Kommunen, insbesondere der Haushaltsnotlageländer, weiter zu verschärfen [...]

Wir teilen ganz klar die verfassungsrechtlichen Bedenken, wenn die geplanten Schuldenregelungen auf die Länder übertragen werden. Wir und andere haben bereits mehrfach vor einem solch verhängnisvollen Weg gewarnt. Bund und Länder sind laut Grundgesetz in ihrer Haushaltswirtschaft selbstständig und voneinander unabhängig. Insofern sind wir uneingeschränkt dafür, dass die Budgethoheit der Landesparlamente zu verteidigen ist [...]

Die Budgethoheit der Länder geht im Übrigen bereits jetzt mit ausreichenden Verschuldungsregelungen einher. Ich erinnere besonders an die verfassungsrechtliche Obergrenze in Gestalt der Investitionssumme sowie an die Ausnahmeregelung des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes [...]

Trotz aller Bedenken, quasi gegen die Expertise von Sachverständigenrat und Verfassungsjuristen, hat die Mehrheit der

Kommission ihr Schuldenbremsenmodell durchgesetzt. Das ist aus unserer Sicht schon bemerkenswert, zeigt es doch die Arroganz der Macht, die sich weder durch Tatsachen wie die Finanz- und Wirtschaftskrise noch durch wissenschaftlichen Sachverstand in ihrem neoliberalen Kurs aufhalten lässt. Dazu passt dann auch, dass die Mehrheit der Föderalismuskommission zu keinem Zeitpunkt auch nur einen einzigen Vorschlag der Vertreter der Landtage als auch der Vertreter der kommunalen Spitzenverbände aufgegriffen hat, wie zum Beispiel die Überlegung zum Umgang mit den Altschulden der finanzschwachen Länder und Kommunen. Die Länderparlamente, die mit dem Lübecker Konvent bekundet haben, an der Föderalismusreform mitzuwirken, haben so bisher nichts anderes bekommen als eine kalte Ohrfeige.

Insofern, meine Damen und Herren aus den Koalitionsfraktionen, ist es wirklich fraglich, welche Wirkung Ihr Antrag letztlich entfalten wird. Abgesehen von der Übereinstimmung bezüglich der Frage der Verfassungsmäßigkeit der Schuldenbremse und des Einforderns der Mitwirkung der Landesparlamente lehnen wir Ihren Antrag vor allem deshalb ab, weil jede Verschärfung der schon geltenden Schuldenregelung keine Antwort auf die eigentlichen Probleme der Zeit ist. – Danke schön.“

Mathias Löttge, CDU:

„Schuldenregeln für die Länder dürfen nicht allein vom Bund verordnet werden“

Foto: Ulve Balawski



■ „Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wir haben heute gemeinsam mit dem Koalitionspartner, der SPD, einen Dringlichkeitsantrag vorgelegt zum Thema „Budgethoheit des Landtages verteidigen“, um ihn heute in diesem Hohen Hause zu debattieren und auch die unterschiedlichen rechtlichen Bewertungen hierbei noch einmal deutlich zu machen. [...]

Es bleibt [...] eines zu sagen, und nun muss ich doch mal die Kollegen aus der SPD ansprechen, [...] wir sind also schon etwas überrascht, liebe Kollegen, [...] dass Sie mit einer Pressemitteilung, erschienen um 17.57 Uhr, schon das Ergebnis der Debatte vorausgenommen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der CDU und FDP – Michael Roolf, FDP: Genau, das ist sehr interessant, was wir hier haben.)

Das finden wir tatsächlich nicht so richtig gut. [...] Aber eines macht diese Pressemitteilung deutlich, Sie werden es noch merken, meine Damen und Herren, [...] auch Große Koalitionen können zu bestimmten Problemen auch mal unterschiedliche Auffassungen haben. Vielleicht ist es ja hier auch so ein bisschen der Fall.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aufgrund der aktuellen Krisensituation unternehmen die Regierungskoalitionen sowohl in Berlin als auch in Schwerin alles, um die Abwärtsbewegung in der Wirt-

schaft zu bremsen und Arbeitsplätze zu erhalten. Mit einem Mix aus Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung, gezielten Konjunkturimpulsen, der Senkung von Steuer- und Abgabenlasten und der Stärkung von vorrangig kommunalen Investitionen wird nach Überzeugung der meisten Experten die richtige Antwort auf die Krise gegeben.

Die Kehrseite, meine Damen und Herren, der Medaille ist aber, dass die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen zunächst weitere Einnahmeausfälle produziert und die öffentlichen Haushalte stark belastet werden.

Umso wichtiger ist es unseres Erachtens, dass gerade zu diesem Zeitpunkt konkrete Maßnahmen zur weiteren Haushaltskonsolidierung in Bund und Ländern festgeschrieben werden. Dementsprechend wurde im Ergebnis der Verhandlungen zur Föderalismusreform II vereinbart, eine Schuldenbremse im Grundgesetz zu verankern. Nicht umsonst und nicht von ungefähr wurde ein solcher Beschluss von Finanzexperten und Finanzpolitikern kaum für möglich gehalten.

(Rudolf Borchert, SPD: Von Fachleuten und Experten nicht. Das stimmt, ja.)

Wir meinen, es ist ein wichtiger finanzpolitischer Durchbruch. Erstmals soll in Anlehnung an den europäischen Stabilitätspakt das Prinzip einer nachhaltigen Haushaltspolitik im Grundgesetz verankert werden.

(Zurufe von

Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE, und Raimund Frank Borrmann, NPD)

Ziel ist es, dass Bund und Länder in konjunkturellen Normaljahren ohne neue Schulden auskommen. Diese Zielstellung wird durch uns, gerade auch mit der Vorlage des Dringlichkeitsantrages, ausdrücklich begrüßt und unterstützt.

Meine Damen und Herren, offen ist aber noch die konkrete Umsetzung der neuen Regelung. Dem Bund wird nach der Vereinbarung ein Spielraum von 0,35 Prozent des Bruttoinlandproduktes zugeschrieben. Diese strukturelle Reserve hätte die Union auf Bundesebene gerne noch enger gefasst, aber letztendlich hat man sich dann im Ergebnis der Verhandlungen auf den vorliegenden Kompromiss geeinigt. Die neuen haushaltspolitischen Regeln sollen bereits ab dem Jahr 2011 gelten, wobei der Bund in einer Übergangszeit bis 2016 und die Länder bis zum Jahre 2020 einen ausgeglichenen Haushalt darstellen müssen.

Genau da, meine Damen und Herren, setzt der von uns vorgelegte Antrag an. Neue Schuldenregelungen bedürfen unserem Verständnis nach sowohl grundsätzlich als auch in der näheren Ausgestaltung der Zustimmung der Länderparlamente. Auf den Punkt gebracht bedeutet dies, dass neue Schuldenregeln für die Länderhaushalte auch durch Verfassungsänderungen in den Ländern beschlossen werden müssen und nicht allein vom Bund verordnet werden dürfen.

(Rudolf Borchert, SPD: Richtig.)

Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, würde tatsächlich die Budgethoheit des Landtages verletzen.

Nun will ich an dieser Stelle auch nicht verhehlen, dass uns der vorliegende Kompromiss nicht in jedem Punkt gefällt, denn um die finanzschwachen beziehungsweise besonders hoch verschuldeten Bundesländer bei der notwendigen Konsolidie-

zung zu unterstützen, sollen diese durch Finanzhilfen des Bundes und der finanzstarken Länder aufgebracht werden. Nun würde nach dieser Lesart aber auch unser Bundesland Mecklenburg-Vorpommern als finanzstarkes Land gewertet.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Das heißt, mit den vereinbarten Konsolidierungshilfen von 800 Millionen Euro jährlich sollen die Länder Saarland, Bremen, Berlin, Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt in die Lage versetzt werden, künftig auf neue Schulden verzichten zu können. Unser Bundesland Mecklenburg-Vorpommern, welches in den vergangenen Jahren seine Hausaufgaben durch Vorlage ausgeglichener Haushalte und eine konsequente Schuldentilgung sehr gut gemacht hat, wird nun für dieses Engagement, wenn man so will, bestraft.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir aber an dieser Stelle zwei Feststellungen:

Erstens. Ich denke, der konsequente Konsolidierungskurs, den wir in diesem Land gefahren haben, war und bleibt richtig. Ich glaube, dazu haben wir eine absolut gemeinsame Auffassung in diesem Hause. Zweitens. Man muss aber auch sagen, dass wir als Land Mecklenburg-Vorpommern in der Vergangenheit von der Solidarität im föderalistischen System profitiert haben. Das heißt [...] wir haben natürlich viele positive Entwicklungen in diesem Lande nur dadurch erreichen können, dass wir Solidarpaktmittel zur Verfügung gestellt bekommen haben.

Insofern, meine Damen und Herren, muss man sicherlich auch darüber nachdenken, ob man jetzt mit einem Ausstieg aus diesem Solidarprinzip die richtigen politischen Zeichen setzt.

(Michael Roolf, FDP: Genauso ist es.)

Ich hoffe sehr, meine Damen und Herren, dass es mit den vereinbarten Maßnahmen im Rahmen der Föderalismusreform II gelingen wird,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

die Verschuldung von Bund und Ländern zu minimieren. Die dramatische Staatsverschuldung von den ausgewiesenen 1,5 Billionen Euro steigt sekundlich um fast 4.500 Euro. Betrachtet man dann noch zusätzlich die implizite Staatsverschuldung unter Einbeziehung aller heute bereits bestehenden Ansprüche, landen wir bei der unvorstellbaren Summe von rund 5 Billionen Euro.

Es gibt nicht wenige, die sagen, dass diese gigantische Summe nur im Rahmen einer starken Inflation auf ein für die öffentliche Hand tragbares Maß geschrumpft werden kann. Hoffen wir, [...] dass es nie so kommt, dass die beschlossenen Maßnahmen greifen und der lange Weg der Haushaltskonsolidierung konsequent gegangen werden kann.

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, unserem gemeinsamen Antrag zuzustimmen. [...]"

Udo Pastörs, NPD:

„Ich frage mich, wann denn die besseren Zeiten ins Haus stehen“



■ „[...] Meine sehr verehrten Damen und Herren! [...]"

Der Dringlichkeitsantrag, den wir heute behandeln, meine sehr verehrten Damen und Herren von SPD und CDU, hört sich ja ganz gut an. Wir haben ja vorhin vom Ministerpräsidenten einiges gehört und zuvor haben wir ja auch einiges gehört von den maßgeblicheren Leuten in Berlin. Da

sagte Herr Steinbrück, dass der Schuldenabbau zu besseren Zeiten erfolgen sollte. Nun haben wir ja gerade die besseren Zeiten hinter uns, deshalb frage ich mich, wann denn die besseren Zeiten ins Haus stehen bei der real existierenden ökonomischen Situation, und zwar nicht nur in dieser Republik, sondern in der ganzen Welt, meine sehr verehrten Damen und Herren. [...]"

Wir haben in unserer Landesverfassung eine ganz interessante Formulierung, was wir tun dürfen und was nicht. Das steht im Artikel 65, Zitat: „Die ausufernde Kreditaufnahme hat nicht nur eine haushaltspolitische und volkswirtschaftliche, sondern auch eine verfassungsrechtliche Dimension. Ressourcen, die heute verbraucht, aber durch Kredite finanziert werden, belasten mit Zins- und Tilgungsverpflichtungen spätere Generationen. Eine der wichtigsten Aufgaben der Verfassung besteht darin, die Interessen derer zu wahren, die sich im normalen Verlauf der staatlichen Willensbildung nicht hinreichend selbst vertreten können.“ Und damit – im Kommentar ist das geschrieben zum Artikel 65 der Landesverfassung – sind die Leute gemeint, die heute noch gar nicht in der Lage sind, sich politisch äußern zu können. Das sind die Kinder, die heute 6, 8, 10 oder 15 Jahre alt sind, und das sind die noch nicht geborenen, die morgen und übermorgen für die Schulden, die Sie zu verantworten haben, aufkommen müssen, meine sehr verehrten Damen und Herren. [...]"

Michael Rooff, FDP:

„Ein Stück Eigenständigkeit für die Gemeinschaft aufgeben“



■ „[...] Wir haben diesen Antrag über eine Dringlichkeit auf die Tagesordnung eingebracht bekommen. [...] Es ist ein Armutzeugnis für unser Land, dass der Ministerpräsident sich heute Abend von uns als Parlament ein Votum für seine Entscheidung für morgen holen möchte. Und es geht auch gar nicht um das Votum, was er haben will, [...] sondern es geht, wenn wir seine Ausführungen richtig gehört haben, einzig und allein um die Konsolidierungshilfe. Er hat [...] seine unsolidarische Haltung [...], wir als Land [...] leisten keinen

Beitrag, hier noch einmal sehr deutlich von sich gegeben. [...]

Lassen Sie uns zu dem sprechen, was wir [...] mit der Schuldenbremse in die Diskussion einbringen. [...] Wollen wir den Weg gehen, dass wir eine einheitliche Schuldengrenze haben über alle Bundesländer hinweg, [...] eine Schuldengrenze für den Bund? [...] Wollen wir etwas Einheitliches oder wollen wir es nicht? [...] Auf der anderen Seite haben wir dann die Möglichkeit [...] Jedes Land löst es in seiner Verfassung.

[...] kommen wir [...] zu den [...] Maastrich-Kriterien im EU-Raum, also das, was wir uns ordnungspolitisch in der Bundesrepublik Deutschland auf die Fahne geschrieben haben, dass wir ein Stückchen unserer Eigenständigkeit für die Gemeinschaft und für ein starkes Europa aufgeben.

[...] Das, was wir hier diskutieren, ist nichts anderes, als dass wir ein Stückchen, ein kleines Stückchen unseres Rechtes hier als Haushaltsgeber aufgeben. [...] Ob wir wirklich so viel aufgeben für ein gemeinsames Ziel, einheitliche Rahmenbedingungen unter den Bundesländern in der Bundesrepublik Deutschland zu haben, dazu sagen wir, das bedarf einer sehr [...] genauen Diskussion. Denn genau darüber haben wir zu entscheiden. [...]

Wir sagen auf der einen Seite, das, was wir uns hier aus der Hand nehmen lassen, wenn wir eine einheitliche Regelung haben, ist womöglich das Königsrecht des Parlamentes. [...] Sie werden es übermorgen sehen, [...] wenn es um den Nachtragshaushalt geht, [...] dann machen Sie Ihr Ding. Dann machen Sie alles vorbei am Parlament und dann haben Sie mit Haushaltsrecht gar nichts mehr zu tun. [...] Ich beantrage, dass wir diesen Antrag überweisen in den Finanzausschuss [...]"

Rudolf Borchert, SPD:

„Budgetrecht entscheidet über Zukunft der Landesparlamente“



■ „Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zwei Vorbemerkungen:

Als Erstes gilt es festzustellen, dass die FDP ganz offensichtlich überhaupt kein Problem damit hat, dass wir Konsolidierungshilfe für andere Länder leisten. [...]

Ich möchte für die SPD-Fraktion feststellen, dass das aus unserer Sicht eindeutig gegen die Interessen des Landes Mecklenburg-Vorpommern verstößt. [...]

Zweitens stelle ich fest [...], dass die FDP [...] hier angekündigt hat, unserem Antrag heute nicht zuzustimmen, und damit die Chance vergeben hat, sich hier heute eindeutig zu positionieren zu einem Kernrecht, einem Kernelement des deutschen Föderalismus,

*(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
So wie Herr Kubicki in Schleswig-Holstein beispielsweise.)*

nämlich der Budgethoheit der Landtage. Ich bedauere das sehr. [...] Ich bin nicht nur enttäuscht, sondern natürlich auch maßlos verärgert. [...]

Ja, da muss man sich mal vor Augen führen, dass wir [...] natürlich auch die FDP [...] in den Landtagen und in Landesregie-

rungen haben. Ich glaube nicht, dass Herr Rooff so richtig überblickt, was er letztendlich hier vertritt, nämlich die Budgethoheit der Landtage nicht so wie wir zu verteidigen.

*(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Typisch für die FDP!)*

[...] Meine sehr geehrten Damen und Herren, [...] Die eigenständige Haushaltwirtschaft samt Kreditfähigkeit der Länder ist Ausdruck und tragende Säule des sozialen Bundesstaatsprinzips in Deutschland, Artikel 20 Grundgesetz. Dieses Budgetrecht der Länderparlamente unterliegt der sogenannten Ewigkeitsgarantie des Grundgesetzes, dem Artikel 79. Das heißt, diese Ewigkeitsgarantie kann auch nicht mit einer Zweidrittelmehrheit im Bundestag und Bundesrat geändert werden. Es ist ein absolutes Kernelement des sozialen Bundesstaatsprinzips der Bundesrepublik Deutschland. [...]

Meine sehr geehrten Damen und Herren, da Schuldenregeln wesentliche Bestandteile des Haushaltsrechtes der Länder sind, schränken sie natürlich das Budgetrecht – das Königsrecht der Parlamente – zentral ein. Neue Schuldenregeln [...] bedürfen daher der konstruktiven Mitwirkung durch die Landesparlamente. Das gilt umso mehr, wenn darüber entschieden wird, ob zukünftig jegliche Schuldenaufnahme den Ländern verboten werden soll. [...]

Meine sehr geehrten Damen und Herren, neue Schuldenregeln dürfen den Ländern deshalb nicht durch eine Änderung des Grundgesetzes übergestülpt werden. Aus Sicht der SPD-Fraktion geht es bei der Einschränkung des Budgetrechts um eine Entscheidung über die grundsätzliche Zukunftsfähigkeit von Landesparlamenten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in diesem Zusammenhang ist es vermutlich auch in der deutschen Parlamentsgeschichte ein einmaliger Vorgang, in welcher Art und Weise Bundespolitik die Rechte aller deutschen Landesparlamente missachtet. Gleichzeitig ist es auch eine Brückierung der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente. [...]

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es kann doch nicht sein, dass die heutige Politikergeneration – in dem Falle auch wir – sowohl im Bund als auch im Land künftigen Generationen riesige Schuldenberge hinterlässt und gleichzeitig das Gewissen dadurch beruhigt, dass die Haushaltsautonomie der Länder faktisch aufgehoben wird. Der Haushaltsgesetzgeber des Jahres 2020 ist nicht weniger demokratisch legitimiert als derjenige des Jahres 2009. [...]

Meine sehr geehrten Damen und Herren, welche Folgen hätte denn die geplante Schuldenbremse? Es besteht die große Gefahr, dass zukünftig die Handlungsfähigkeit des Staates entscheidend eingeschränkt wird. Die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise beweist ja geradezu die Notwendigkeit, dass der Staat finanzpolitische Spielräume benötigt, um antizyklisch und konjunkturpolitisch stabilisierend zu wirken. [...]

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer unrealistische Schuldenbremsen fordert und eine Neuverschuldung verbietet, der muss auch sagen, [...] wie er dieses finanzieren will. Wenn dann noch von CDU, CSU und FDP vollmundig Steuerensenkungen nach der Bundestagswahl versprochen werden, ist die Befürchtung berechtigt, dass man zukünftig [...] über abgesenkte Staatsausgaben die Beschäftigten und die Schwächsten der Gesellschaft wieder zur Kasse bitten wird, denn irgendwo muss dieses Geld herkommen. [...]

Aus verfassungsrechtlichen Gründen und ebenso aufgrund des Selbstverständnisses der Landesparlamente ist der Versuch, ein Verbot der Neuverschuldung der Länder im Grundgesetz festzuschreiben, nicht zu akzeptieren. Auch die Absicht, Mecklenburg-Vorpommern bei der Konsolidierungshilfe zum Geberland zu machen, ist abzulehnen. [...]

Meine sehr geehrten Damen und Herren, falls eine Mehrheit der Länder im Bundesrat dies gegen den Willen von Mecklenburg-Vorpommern beschließen sollte, und die jetzigen Mehrheitsverhältnisse deuten darauf hin, wäre die Prüfung einer Klage durch das Land vor dem Bundesverfassungsgericht aus unserer Sicht zwingend notwendig.

*(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Sehr richtig.)*

[...] Die bereits vorliegenden Rechtsgutachten [...] weisen darauf hin, dass die Erfolgs-

aussichten wirklich hoch sein werden, wenn man diesen Weg bereit ist zu gehen. [...]

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine kurze Bemerkung zum Koalitionspartner, bei dem ich mich ausdrücklich bedanke, dass er bereit war, diesen Dringlichkeitsantrag so mit einzubringen. [...] Es sei mir aber in der gebotenen Freundlichkeit gestattet, alle Kolleginnen und Kollegen davon in Kenntnis zu setzen, dass unser Koalitionspartner hier in Schwerin [...] bedauerlicherweise bisher noch nicht bereit war, diese klare Position, so, wie sie die SPD-Fraktion zum Stimmenthalten im Bundesrat bezieht, ebenfalls zu beziehen,

*(Peter Ritter, DIE LINKE:
Nehmt doch mal eine Auszeit!)*

ganz im Gegensatz zur CDU in Schleswig-Holstein, die bereit ist, zusammen mit der SPD im Bundesrat gegen den vorgesehenen Weg zu stimmen. [...]

Dieser Beschluss ist so inzwischen bereits im Landtag Schleswig-Holstein – gemeinsam übrigens von allen Fraktionen, inklusive FDP – in Kiel beschlossen. Wir schaffen es hier nicht. [...]

Meine sehr geehrten Damen und Herren, [...] Wir werden in Mecklenburg-Vorpommern auch in Zukunft unseren Kurs der Haushaltskonsolidierung konsequent fortsetzen. Gerade wir in Mecklenburg-Vorpommern haben bewiesen, dass es möglich ist, einerseits [...] sparsame Haushaltspolitik mit Augenmaß und gleichzeitig die Rückführung der Verschuldung und Defizite zu praktizieren. Wir brauchten dazu bisher keine neue Schuldenbremse oder Schuldenregelung in der Landesverfassung. Ich persönlich bin der Meinung, dass wir auch zukünftig keine brauchen. [...] Falls, Herr Rooff, dann doch [...] keine vom Bund aufgezwungene, sondern nur durch eine freiwillige Entscheidung eines Landtages. Das ist die Zielsetzung des Antrages. [...]

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte natürlich um Zustimmung für unseren Antrag. Ich halte eine Überweisung an dieser Stelle nicht für notwendig, sondern ich halte es für falsch. [...] – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit."

Auszüge aus dem Wortprotokoll der Plenardebatte am 4. März 2009.

Europäische Solidarität

Prag für zwei Tage Hauptstadt der Regionen und Städte Europas

■ Zum Gipfeltreffen der Regionen und Städte Europas versammelten sich am 5. und 6. März unter tschechischem Ratsvorsitz und auf Einladung des Ausschusses der Regionen mehr als 500 gewählte Vertreter aus den über 250 Regionen Europas in der tschechischen Hauptstadt. Mecklenburg-Vorpommern wurde durch den Vorsitzenden des Europa- und Rechtsausschusses des Landtages Detlef Müller repräsentiert.

Inhaltlich dominierten zwei Themen das Gipfeltreffen: die Finanz- und Wirtschaftskrise mit ihren sozialen Auswirkungen und die bevorstehenden Europawahlen, die am 7. Juni in Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam mit den Kommunalwahlen durchgeführt werden.

Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso kündigte an, 11,2 Milliarden Euro an Fördermitteln in diesem Jahr zusätzlich zur Verfügung zu stellen. Insgesamt werden

Maritime Industrie

Anhörung im Wirtschaftsausschuss

■ „Wir müssen in Europa, im Bund und im Land die Rahmenbedingungen so gestalten, dass die einheimische maritime Wirtschaft eine dauerhafte Zukunftsperspektive hat.“ Dies sagte der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses, Jochen Schulte, nach der Anhörung, zu welcher der Fachausschuss des Landtages Vertreter der maritimen Wirtschaft sowie von Verbänden, Universitäten, Fachhochschulen und Gewerkschaften eingeladen hatte.

Gegenstand der Anhörung des Wirtschaftsausschusses am 4. Februar war das



Foto: Georg Strätker

Beim Gipfeltreffen der Regionen und Städte Europas Anfang März: v.l. Jo Leinen, Mitglied des Europäischen Parlaments; Michel Delebarre, Erster Vizepräsident des Ausschusses der Regionen, und Detlef Müller, Vorsitzender des Europaausschusses im Landtag Mecklenburg-Vorpommern.

über zwei Drittel der Investitionen in Europa in den Regionen und Städten und damit vor Ort eingesetzt.

Detlef Müller kommentierte nach der Veranstaltung: „Die Regionen und Städte sind eine wichtige Kraft bei der Bewältigung der Krise. Das Modell unseres Landes, die nationalen Fördermittel zu einem hohen Prozentsatz direkt den Kommunen zur Verfügung zu stellen, ist in Europa auf großes Interesse gestoßen. Insgesamt ist hier sehr deutlich geworden, dass europäische Solidarität kein Lippenbekenntnis bleiben darf.“ Nationale Programme seien gut und richtig, doch sie dürften nicht zur Kleinstaaterei führen, mahnte der Politiker.

Konzept der Landesregierung „Zukunftsperspektiven der maritimen Industrie in Mecklenburg-Vorpommern“.

Die geladenen Sachverständigen betonten, dass die Bundes- und die Landesregierung für ihre Bemühungen, die Schiffbauproduktion zu unterstützen und damit den Werften und anderen maritimen Wirtschaftsunternehmen baldmöglichst wieder eine wirtschaftliche und damit beschäftigungspolitische Perspektive zu geben, volle Unterstützung finden. Gleichzeitig forderten sie, dass sich das Land noch mehr als bislang der Zukunftssicherung der mittelständischen und kleinen Unternehmen zuwenden müsse, da diese im Bereich der maritimen Wirtschaft einen wesentlichen Baustein darstellten. Im Ergebnis der Anhörung wurde der Wirtschaftsausschuss aufgefordert, die Beteiligten zu weiterführenden, lösungsorientierten und zukunftsweisenden Gesprächen einzuladen und gemeinsam mit ihnen das von der Landesregierung

Die deutsche Abwrackprämie sei für den Kommissionspräsidenten ein gutes Beispiel für eine gelungene nationale Lösung, die Europa insgesamt vortranbringe. Denn sie komme allen europäischen Automobilherstellern zugute.

Mit Blick auf die Landespolitik fordert Detlef Müller noch deutlichere Aktivitäten im Vorfeld der anstehenden Europawahlen: „Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass wir im neu gewählten Europäischen Parlament möglichst deutlich gehört werden. Dazu ist eine hohe Wahlbeteiligung erforderlich. Dies zu erreichen, ist eine gemeinsame Aufgabe aller demokratischen Kräfte im Land. Der 7. Juni geht alle Demokraten an.“

vorgelegte Konzept weiterzuentwickeln. Der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses, Jochen Schulte, äußerte nach der Anhörung gegenüber Journalisten: „Die Anhörung hat verdeutlicht, dass wir über die aktuelle Krise hinaus die vorliegenden Handlungsempfehlungen zu strategischen Konzepten weiterentwickeln müssen, die jeweils durch konkrete Maßnahmen unteretzt werden. Wir müssen in Europa, im Bund und im Land die Rahmenbedingungen so gestalten, dass die einheimische maritime Wirtschaft eine dauerhafte Zukunftsperspektive hat.“ Er unterstütze den Wunsch der betroffenen Unternehmen, aber auch der Gewerkschaften und der Hochschulen, gemeinsam mit dem Wirtschaftsausschuss konkrete Lösungsansätze zu erarbeiten. „Wenn uns ein solches Vorhaben gemeinsam gelingt, werden unser Land und die einheimischen Unternehmen letztendlich sogar gestärkt aus der aktuellen Wirtschaftskrise hervorgehen“, so Schulte.

Was bringt uns die Europäische Union?

Abgeordnete am EU-Projekttag in Schulen zu Gast

■ Beim bundesweiten EU-Projekttag am 9. März diskutierten Abgeordnete des Landtages mit Schülerinnen und Schülern über Fragen und Probleme rund um das Thema Europäische Union. Die Politiker der Landtagsfraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und FDP haben bei ihren Gesprächen mit Schülerinnen und Schülern im Wesentlichen zwei Erkenntnisse gewonnen: Die meisten Jugendlichen stehen der EU sehr offen gegenüber. Insbesondere die Reisefreiheit und den Wegfall von Grenzkontrollen sehen sie als großen Gewinn an. Die Möglichkeiten des persönlichen Kennenlernens und die Zusammenarbeit über Landesgrenzen hinweg sind für sie wichtige Faktoren für das friedliche Zusammenleben in Europa. Die Gespräche haben aber genauso gezeigt, dass auch die Schüler viele Fragen und manche Vorbehalte gegenüber der EU haben.

Die Präsidentin des Landtages besuchte am 9. März die Europaschule IGS Mitte in Neubrandenburg und die Grundschule „Kletterrose“ in Burg Stargard. Mit den Gymnasiasten sprach **Sylvia Bretschneider** über die Entwicklung der europäischen Idee, die Winston Churchill in seiner berühmten Rede an die akademische Jugend bereits 1946 skizziert hatte. Die Jugendlichen setzten sich mit der Frage auseinander: Was bringt uns die EU? und sprachen über die Rechte eines jeden EU-Bürgers. „Jugendliche haben einen sehr direkten Zugang zum Thema Europa, anders als viele ältere Menschen im Land“, so das Resümee Bretschneiders. Den jungen Leuten sei viel klarer, was Europa für sie bedeute und ihnen biete.

Mit den Viertklässlern der Grundschule in Burg Stargard sprach Sylvia Bretschneider über die sprachliche und kulturelle Vielfalt der EU-Mitgliedsländer. Die Kinder lasen kleine Geschichten über Pippi Langstrumpf aus Schweden, über Tim und Struppi aus Belgien und über das „Legoland“ Dänemark. Bei einem Quiz bewiesen die Kinder, dass sie schon viel über Europa wissen.

Gabriele Mestan, Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE, war an der Europaschule in Hagenow Gast in der Klassenstufe 10. Hauptthemen waren die Fragen, was die Europaschule von „normalen“ Schulen unterscheidet und wie die Schülerinnen und Schüler Europa in ihrem Schulalltag erleben. „Dabei konnte ich den Jugendlichen erzählen, dass ich selbst ‚europäisch‘ lebe

– mein Ehemann wohnt und arbeitet in Prag“, berichtet die Linkspolitikerin. Dass in der Europaschule Hagenow Schülerinnen und Schüler aus 30 Nationen lernen, werde von den jungen Leuten als große Bereicherung empfunden. Ganz begeistert seien sie von dem Projekt, beim dem jeweils zwei Familien unter dem Motto „Aus welcher Kultur kommen wir?“ einen Nachmittag an der Schule gestalten. Interessiert zeigten sich die Schülerinnen und Schüler insbesondere auch an den Fragen rund um den Schüleraustausch. Die Schule selbst war kürzlich Gastgeber für Lehrkräfte aus der schwedischen Partnerstadt Säffle. Abgerundet wurde die sehr spannende Stunde mit einem EU-Quiz. „Ich war erstaunt über das doch bereits große Wissen der jungen Leute“, so die Politikerin.

„Als europapolitischer Sprecher der CDU-Fraktion und Kandidat für die Europawahl im Juni 2009 hatte ich in diesem Jahr besonders viele Einladungen zum EU-Projekttag“, freute sich **Werner Kuhn**. Er war Gast bei Auszubildenden der Europäischen Wirtschafts- und Sprachenakademie Rostock, bei Schülern der Rostocker Werkstatt- und Hundertwasser-Gesamtschule, bei Zwölfklässlern in Ribnitz-Damgarten und Regionalschülern in Wolgast. An allen vier Bildungseinrichtungen gab es spannende Diskussionen und Fragen, wie: Warum gibt es Geld für Flächenstilllegungen? Wer prüft die Einhaltung von EU-Richtlinien und welche Strafen sind bei Verstößen zu erwarten? Warum wird die



Vivien Dumann und ihre Mitschüler der 4a in Burg Stargard freuten sich über den Besuch der Landtagspräsidentin.



Gabriele Mestan besuchte die Europaschule Hagenow.



Werner Kuhn war im Gymnasium Ribnitz-Damgarten zu Gast.

Glühbirne verboten? Der CDU-Abgeordnete diskutierte mit den Schülerinnen und Schülern sowohl über die Europäische Idee als auch über die Europawahl. „Europa ist nicht nur ein geografischer Begriff, und die EU diskutiert nicht nur über die Krümmung der Gurke“, so Kuhn. Die EU bringe für jeden Einzelnen Vorteile: Reisen ohne Grenzen, kulturelle Vielfalt, eine Währung, gemeinsames Studieren.

Wechsel an der CDU-Fraktionsspitze



■ Harry Glawe ist neuer Vorsitzender der CDU-Fraktion. Der bisherige Parlamentarische Geschäftsführer löste damit Dr. Armin Jäger ab, der dem Landtag weiterhin als CDU-Abgeordneter angehört. Neuer Parlamentarischer Geschäftsführer ist Wolf-Dieter Ringguth, Vincent Kokert rückte in den Fraktionsvorstand nach. Harry Glawe wohnt in Grimmen und gehört dem Landtag seit 1994 an. Von Beruf Diplomkrankenschwester, gilt er als ausgewiesener Experte insbesondere für die Politikfelder Gesundheit, Soziales und Familie.

Ihren bisherige Fraktionsvorsitzenden Dr. Armin Jäger verabschiedete die CDU-Fraktion mit einem Empfang im Schloss-



V.l. Harry Glawe, Dr. Armin Jäger mit Ehefrau Gabriele und Jürgen Seidel

café aus dem Amt. Harry Glawe dankte Jäger für dessen Arbeit. Vizeministerpräsident Jürgen Seidel würdigte das politische Wirken von Dr. Armin Jäger in Mecklenburg-Vorpommern. Hier hatte dieser seine politische Arbeit als Staatssekretär im Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Umwelt unter Minister Jürgen

Seidel begonnen. Auch Ministerpräsident Erwin Sellering und der Fraktionschef der Fraktion DIE LINKE waren zum Empfang gekommen. Mit einem Scheck über 250 Euro unterstützte die CDU-Landtagsfraktion das ehrenamtliche Engagement von Gabriele und Dr. Armin Jäger im Kinderschutzbund.

Ausstellung „Jugendfalten“

■ Im Rahmen der Veranstaltung „Jugend im Landtag“ präsentierte der Jugendmedienverband Mecklenburg-Vorpommern (JMMV) in der Lobby des Landtages die Fotoausstellung „Jugendfalten“. Dem Betrachter werden unterschiedliche Sichtweisen auf die Themen Jung und Alt und das Miteinander der Generationen eröffnet. Die Fotos erzählen Geschichten, verleiten zum Schmunzeln, werfen einen Blick auf das Ungewöhnliche im scheinbar Alltäglichen und regen zum Weiterdenken an. „Jugendfalten“ ist ein Projekt des JMMV; die Fotos entstanden bei einem Workshop in Rostock im März 2008. Die zwölf Jugendlichen, die dabei hinter und vor der Kamera standen, übernahmen die Konzeption, Planung und Organisation der Ausstellung vollkommen selbst. In viel



Katrin Eckert (Rostock), Manja Heising und Martin Ahlert (beide Greifswald) vom Jugendmedienverband M-V beim Aufbau der Ausstellung „Jugendfalten“ in der Lobby des Landtages.

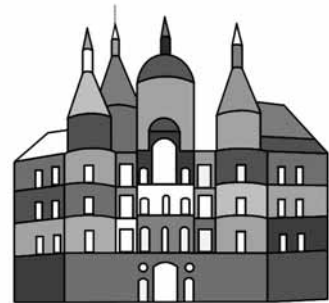
ehrenamtlicher Arbeit und fleißiger Eigenständigkeit wurde eine Fotoausstellung konzipiert, die in dieser Form einmalig in Mecklenburg-Vorpommern ist. Die Wanderausstellung wurde bisher in Greifswald, Neustrelitz, beim Jugendpresseball in Warnemünde, in Rostock und Ludwigslust gezeigt. Die Präsentation im Landtag Mecklenburg-Vorpommern ist der krö-

nende Abschluss der Wanderausstellung. Der Jugendmedienverband Mecklenburg-Vorpommern ist Mitglied im Landesjugendring und war maßgeblich an der Vorbereitung und Durchführung von „Jugend im Landtag 2009“ beteiligt. Einige der jugendlichen Fotografen waren als Teilnehmer bei Jugend im Landtag dabei.

Frischer Wind im alten Schloss

Jugend im Landtag diesmal international

■ Vom 23. bis 27. März 2009 fand im Schweriner Schloss zum 6. Mal die Veranstaltung „Jugend im Landtag“ statt. Wie in den Vorjahren führte der Landesjugendring Mecklenburg-Vorpommern dieses Projekt in Kooperation mit dem Landtag durch. 110 Jugendliche im Alter von 15 bis 21 Jahren – Schüler, Auszubildende und Studenten – aus allen Regionen Mecklenburg-Vorpommerns sowie aus Polen, Finnland und Spanien diskutierten miteinander und mit Parlamentariern über Schulpolitik, Globalisierung, die EU, Klimawandel, Jugendpolitik, Rassismus und Vorurteile. Zum Programm gehörten auch eine Landtags-Rallye, ein Parlamentsspiel, das „Café International“ sowie ein buntes Rahmenprogramm. Einen ausführlichen Bericht lesen Sie in der nächsten Ausgabe der LandtagsNachrichten.



Gläsernes Tor lädt ein ins Schloss

Umfangreiche Bauarbeiten am Gartenportal bis Ostern abgeschlossen



Computersimulation: DHBI, Architekten GmbH Kiel

Bis zur Eröffnung der BUGA am 23. April soll der neue Besuchereingang des Schlosses fertig sein. Der Probebetrieb startet bereits nach Ostern.

■ Pünktlich zur BUGA 2009 lässt das Schweriner Schloss alle Hüllen fallen. Kein Baugerüst verstellt mehr den Blick auf den Prachtbau des Historismus, der getreu seinem alten Vorbild saniert wird. Und doch fügen sich in das märchenhafte Ensemble von Türmen, Erkern und Balustraden ganz behutsam auch Zeichen der Moderne ein. Wie die umfangreichen Bauarbeiten am Gartenportal zeigen.

„Damit werden sich die Bedingungen für Besucher von Landtag und Museum gleichermaßen verbessern“, verspricht Landtagsdirektor Armin Tebben. Das Schloss auf der kleinen Insel im Schweriner See beherbergt bekanntlich nicht nur Museum und gastronomische Einrichtungen – es gilt auch als schönster Parlamentssitz

Deutschlands. Wer das altherwürdige Gebäude betritt, will die Räume der großherzoglichen Familien besichtigen, Kunst des 18. und 19. Jahrhunderts betrachten, bei Kaffee und schmackhaftem Essen verweilen – oder Debatten der Landtagspolitiker erleben.

Für die „Schlossherren“ bedeutet dies, Besucher mit unterschiedlichsten Interessen unter einen Hut – oder besser: unter ein Dach – zu kriegen. Das wird nach Abschluss der Baumaßnahmen wesentlich leichter, ist sich der Verwaltungschef sicher.

Zu Ostern, also noch vor BUGA-Beginn, soll der Probebetrieb am neu gestalteten Eingang beginnen.



Foto: Claudia Richter

Das „alte“ Süd- bzw. Gartenportal

Am Südportal des Schlosses wird eine große gläserne Fassade den Blick bis in den Innenhof freigeben. Das schwere Holztor, durch das Besucher bislang ohnehin nur mit erheblicher Kraftanstrengung gelangten, bleibt dann den ganzen Tag über offen. Wer durch das verglaste Portal das Schloss betritt, kann sich gleich an Ort und Stelle über die Angebote des Hauses informieren. „Das wird ein modernes Informationszentrum“, beschreibt Dr. Irmela Grempler von der Bauverwaltung die neue Funktion der früheren Toreinfahrt. Drei Tresen werden dort stehen, an denen man sich Eintrittskarten für den Museumsbesuch kaufen und Audioguides für den

Rundgang ausleihen kann bzw. als Gast des Parlaments vom Besucherdienst des Landtages in Empfang genommen wird. Flachbildschirme hinter den Tresen informieren über Eintrittspreise und Angebote des Museums, über den Landtag sowie aktuelle Veranstaltungen im Schloss. Zusätzlich können sich Besucher an interaktiven Info-Terminals durch Informationen über Landtag, Museum, Baugeschehen, Schlosskirche oder Gastronomie klicken. Ergänzt wird der neue Eingangsbereich durch einen Schloss-Laden, in dem laut Landtagsverwaltung nicht nur Kunst-, sondern auch politisch Interessierte auf ihre Kosten kommen sollen.

Gäste von Museum und Café haben schon seit eh und je das Schloss von der Gartenseite aus betreten. Das werden mit der Umgestaltung des Südportals nun auch die Besuchergruppen des Landtages tun. Sie werden den Plänen zufolge vom Südportal nach einer Sicherheitskontrolle in den neuen Empfangsraum geführt, in dem Landtags-Mitarbeiterinnen des Besucherdienstes über Zusammensetzung, Aufgaben und Arbeitsweise des Parlaments berichten. „Der Raum stellt eine Übergangslösung dar“, erläutert Dr. Grempler. Später, in einer zweiten Bauphase, sollen die Landtagsbesucher in historischem Ambiente zu Gast sein – in einem stilvollen Kellergewölbe mit Empore. Hier sollen dann bis zu 100 Leute Platz finden. In dieser zweiten Bauphase ist auch der Bau einer modernen Garderoben- und Toilettenanlage geplant.

Den bisherigen Haupteingang, auf den man von der Stadt aus über die große Schlossbrücke zukommt, werden nun nur noch Abgeordnete, Einzelbesucher und Mitarbeiter des Landtages sowie anderer Behörden, akkreditierte Journalisten und im Schloss Tätige nutzen. Touristen werden bereits am Beginn der Brücke auf die Vielfalt des Schlossensembles hingewiesen. Eine große Übersichtstafel soll auf Landtag, Museum, Burggarten mit Orangerie, die Schlossrestaurants und die Kirche aufmerksam machen. Über ein Leitsystem werden die Gäste zu den Sehenswürdigkeiten geführt – und eben auch zum neu gestalten Portal auf der Gartenseite. „Das ist, was die Empfangssituation betrifft, ein Quantensprung“, betont Armin Tebben. Unterschiedliche Besucherinteressen und die Sicherheitsanforderungen des Parlaments könnten nun besser vereinbart werden.

Alles in allem investierte das Land rund 1,6 Millionen Euro in die Umgestaltung des Eingangsbereichs. Gut angelegtes Geld, findet der Landtagsdirektor. Denn schließlich sollen künftig noch mehr Besucher den Weg ins Schloss finden. Und sie sollen sich gut betreut fühlen – ganz gleich ob im Museum, im Restaurant oder im Landtag.



Fotos: Claudia Richter

Ein Mitarbeiter der Firma Bauhütte Neumühle beim Verputzen der Decke.



Noch wird gebaut: Mario Seidler (li.) und Marco Antonioli von der Firma Peter Antonioli aus Steegen bei Fußbodenarbeiten.

Ein Rundgang durch das Schweriner Schloss abseits der Touristenpfade war am 3. März für die Schülerinnen und Schüler, die sich für das Landesfinale „Jugend debattiert“ qualifiziert haben, der wohlverdiente Lohn nach einem anstrengenden Arbeitstag. Unter fachkundiger Anleitung haben sie für den Landesausscheid trainiert, der am 15. April in den Räumen des Landtages ausgetragen wird. Dass beim Schlossrundgang auch der Plenarsaal auf dem Programm stand, versteht sich von selbst: schließlich finden hier die Finaldebatten statt.

(Adressfeld für Abonnenten)



Foto: Claudia Richter



Foto: Sylvie Rese



Foto: Claudia Richter

Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider startete als Schirmherrin das Jugendprojekt „Wismar 09 – Erlebnistage der Jugend“ mit Dirk Menzel und Matthias Däubler vom Stadtjugendring auf der Hanseschau in Wismar. Die Erlebnistage unter dem Motto „JADE – Jugend – Arbeit – Demokratie“ werden vom 17. bis 19. Juli 2009 stattfinden. Jugendliche aus ganz Westmecklenburg sollen an der dreitägigen Veranstaltung der AWO Wismar auf dem Gelände am Bürgerpark teilnehmen.



Foto: Peter Schmalefeldt

„Das Geld kommt zu 100 Prozent den Kindern zugute!“ Dies sagte der Geschäftsführer des DRK-Kreisverbandes Parchim, Steffen Kanert, als er gemeinsam mit der DRK-Kreisvorsitzenden Gudrun Stein am 10. März aus den Händen von Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider einen Spendenscheck über 2026 Euro entgegennahm. Der Erlös der Weihnachtsfeier des Landtages, der traditionell für einen guten Zweck gespendet wird, geht diesmal an das Kinderheim Parchim. Durch Brandstiftung waren am 8. November Ober- und Dachgeschoss des Gebäudes der Kinder- und Jugendbetreuungseinrichtung des DRK komplett zerstört worden. Ein 10-jähriger Junge kam ums Leben, ein 17-jähriger erlitt Brandverletzungen an Kopf und Armen. Die Spende des Landtages reihte sich ein in eine große Welle der Hilfsbereitschaft, die das Kinderheim nach dem schrecklichen Geschehen erreicht habe, betonte Gudrun Stein.

Auf der Internationalen Tourismus Börse (ITB) vom 11. bis 15. März in Berlin präsentierte sich der Landestourismusverband erstmals mit seinem neuen Messestand. Unter einem einheitlichen Dach präsentierten sich hier 45 touristische Regionen, Verbände und Unternehmen und warben gemeinsam für das Urlaubsland Mecklenburg-Vorpommern. Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider, die zugleich Präsidentin des Landestourismusverbandes ist, begleitete Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (li.) am 11. März beim Messe-Rundgang an die Stände Mecklenburg-Vorpommerns (re. im Bild Raimund Hosch, Geschäftsführer Messe Berlin) Auch der Wirtschaftsausschuss des Landtages machte sich vor Ort ein Bild von der ITB-Präsentation Mecklenburg-Vorpommerns.